

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 30.08.–05.09.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	10
Meinung	27

News

Russische Raketen vernichten gepanzerte ukrainische Kolonne – Video

<https://freedert.online/europa/217585-russische-raketen-vernichten-gepanzerte-ukrainische/>

01.09.2024

Berichten zufolge zeigen Videoaufnahmen die Zerstörung von mehr als einem Dutzend ukrainischen Militärfahrzeugen, die sich als Reserve in der ukrainischen Region Sumy gesammelt hatten, um vermutlich für die Offensive in der russischen Region Kursk eingesetzt zu werden.

Die russischen Streitkräfte haben einen koordinierten Schlag gegen eine große Ansammlung ukrainischer Reservekräfte jenseits der Grenze zur russischen Region Kursk durchgeführt, wie aus einem neuen Video hervorgeht, das von Militärbloggern in den sozialen Medien verbreitet wurde.

Die Feindseligkeiten in den Grenzgebieten der russischen Region Kursk dauern an, seit Kiew Anfang letzten Monats einen größeren Vorstoß unternommen hat. Während die ukrainischen Streitkräfte weiterhin versuchen, tiefer in russisches Gebiet vorzudringen, versucht Moskau, sie zurückzudrängen und gleichzeitig entferntere Ziele in der angrenzenden ukrainischen Region Sumy zu treffen.

Am Samstagabend tauchte ein neues Video auf, das einen solchen Angriff auf eine Kolonne ukrainischer Verstärkungstruppen südlich der Stadt Sumy, etwa 40 Kilometer von der russischen Grenze entfernt, zeigen soll.

Berichten zufolge entdeckte die russische Überwachung die sich im ukrainischen Hinterland konzentrierenden Reserven des Gegners bereits früher am Tag. Sie entschied sich aber dafür, sie sich ansammeln zu lassen, um den größtmöglichen Schaden anzurichten. Das berichtet der Telegram-Kanal NgP_raZVedka, der das Bildmaterial zuerst veröffentlichte.

Der Angriff auf die Kolonne begann Berichten zufolge am Samstagabend gegen 20 Uhr, als sich bis zu 20 Fahrzeuge auf einer 600 Meter langen Straße befanden.

Den Aufnahmen der Überwachungsdrohne zufolge führten die russischen Streitkräfte einen kombinierten Angriff durch, bei dem sie die Kolonne zunächst mit zwei ballistischen Raketen beschossen, vermutlich Iskander, die mit Streu- und hochexplosiven Splitterköpfen bestückt waren. Anschließend wurden die ukrainischen Streitkräfte offenbar mit einer Salve aus einem Mehrfachraketenwerfer beschossen.

Das Verteidigungsministerium in Moskau hat den jüngsten Angriff noch nicht offiziell bestätigt. Am Sonntagmorgen meldete das russische Militär jedoch die Zerstörung eines "großen Lagers mit Raketen- und Artilleriewaffen" in demselben Gebiet.

In einem vom russischen Militär veröffentlichten Video heißt es, der Ort sei von einer ballistischen Rakete getroffen worden, die von einem Iskander-M-System abgefeuert worden sei. Dazu wurde mitgeteilt, die visuelle Überwachung habe "anhaltende, wiederholte Detonationen" in der Einrichtung und deren anschließendes "vollständiges Ausbrennen" bestätigt.

* * *

Russland nennt Details zum Angriff auf Militärschule in Poltawa

<https://freedert.online/russland/218101-russland-nennt-details-zum-angriff/>

04.09.2024

Ausländische Ausbilder haben dort Soldaten in elektronischer Kriegsführung und der Drohnennutzung unterwiesen, teilte das Verteidigungsministerium mit. Die Raketen, die dort einschlugen, forderten mindestens 50 Todesopfer unter ukrainischen Soldaten sowie unter den Ausbildern.

Moskaus Truppen haben einen Präzisionsschlag gegen ein Schulungszentrum des ukrainischen Militärs in der Stadt Poltawa ausgeführt. Dies bestätigte am Mittwoch das russische Verteidigungsministerium. In der Einrichtung war nach Angaben Moskaus auch eine Reihe ausländischer Ausbilder untergebracht, die die Kiewer Truppen in Kommunikation, elektronischer Kriegsführung und Drohneneinsätzen ausbildeten.

Der Angriff wurde zuerst von ukrainischer Seite berichtet, von welcher am Dienstag mitgeteilt wurde, zwei russische ballistische Iskander-Raketen hätten die Schule für Militärkommunikation und Informationstechnologie getroffen, was zu beinahe 300 Verlusten führte, darunter beinahe 50 Toten.

Auch wenn das russische Verteidigungsministerium den Angriff zunächst nicht kommentierte, bestätigte es ihn am Mittwoch in einem Update auf Telegram. Das Ministerium gab bekannt, die russischen Truppen hätten am 3. September "einen Angriff mit hoher Präzision auf das 179. gemeinsame Ausbildungszentrum der Streitkräfte der Ukraine in der Stadt Poltawa" durchgeführt.

Das Ministerium fügte hinzu, ausländische Ausbilder hätten Spezialisten für Kommunikation und

elektronische Kriegsführung in der Einrichtung geschult, ebenso Bediener für unbemannte Luftfahrzeuge, die bei Angriffen auf zivile Ziele auf dem Gebiet der Russischen Föderation beteiligt seien.

Zuvor hatte bereits der Gouverneur der Region Cherson, Wladimir Saldo, in einem Interview mit *RIA Nowosti* erklärt, das Schulungszentrum habe praktisch als Basis für die NATO-Ausbilder gedient. Es sei genutzt worden, um frisch mobilisierte Ukrainer auszubilden, die vor Kurzem "auf der Straße eingefangen" worden seien.

Der ukrainische Machthaber Wladimir Selenskij nutzte den Angriff auf das Zentrum, um mehr Luftabwehrsysteme von seinen westlichen Unterstützern zu verlangen.

Die *New York Times* berichtete währenddessen, der Angriff sei ein "demoralisierender Schlag gegen die Ukraine". Kiews Truppen würden sich bereits vor den unermüdlich vordringenden russischen Einheiten an der Hauptfront im Donbass zurückziehen.

* * *

Medwedew erklärt, was Kiew und der Westen im Donbass wollen

<https://freedert.online/international/217442-medwedew-erklaert-was-kiew-und-der-westen-im-donbass-wollen/>

30.08.2024

Die Ukraine und ihre Sponsoren sehen die Regionen Donezk und Lugansk als Geldquelle, so der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew.

Die Ukraine kämpfe so hart um den Donbass, weil dieser über große natürliche Ressourcen verfüge, die Kiew und seine ausländischen Unterstützer ausbeuten wollten, erklärte der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew am Freitag.

Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die sich zusammen mit den Regionen Cherson und Saporoschje im Herbst 2022 offiziell Russland angeschlossen hatten, seien der Ukraine kulturell "völlig fremd", schrieb Medwedew auf Telegram. Der Grund, warum die Kiewer Behörden so verzweifelt versuchen, sie zurückzubekommen, sei trivial:

"Sie brauchen Geld."

Die "kriminelle Clique" des ukrainischen Führers Wladimir Selenskij, die "viel gestohlen hat", habe die Wirtschaft des Landes in eine Katastrophe geführt. Indessen hätten Kiews Unterstützer in den USA und der EU ebenfalls viel für die Unterstützung der Ukraine während des Konflikts ausgegeben, was deren Bevölkerungen "irritiert" habe, so Medwedew, der stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrats ist.

Der Westen hoffe, dass sich seine Investition in die Ukraine mit Dividenden auszahle, erklärte Medwedew und fügte hinzu, dass Selenskij selbst bedeutungslos sei. "Dieser Junge wird bald weg sein, aber die Schuld wird bleiben. Und die muss beglichen werden, mit Zinsen", so der ehemalige Präsident.

Medwedew erinnerte die Leser daran, dass die natürlichen Ressourcen im Donbass nach frei zugänglichen Daten auf einen Wert von 7,3 Billionen Dollar geschätzt werden. Das Gebiet sei reich an Kohle, Metallen, Seltenen Erden und anderen wertvollen Materialien, darunter auch Lithium, fügte er hinzu.

"Um Zugang zu den begehrten Mineralien zu erhalten, verlangen die westlichen Parasiten schamlos, dass ihre Schützlinge [in Kiew] bis zum letzten Ukrainer Krieg führen", schrieb er.

Westliche Politiker äußern ihre Pläne unverhohlen, unterstrich der Ex-Präsident und bezog sich dabei auf eine Erklärung des republikanischen Senators Lindsey Graham aus South Carolina. Im Juni hatte der republikanische Abgeordnete die Ukraine als "Goldmine" bezeichnet, da sie über große Reserven an "kritischen Mineralien" verfüge. Graham hatte dafür plädiert, dass Washington Kiew im Konflikt mit Moskau weiter unterstützen sollte, um sicherzustellen, dass diese "Vermögenswerte von der Ukraine und dem Westen genutzt und nicht Putin und China" überlassen werden.

Da das russische Militär seit Anfang des Jahres stetig Fortschritte im Donbass mache und sich nun der strategischen Stadt Pokrowsk nähere, "bleibt die Tatsache bestehen, dass die wirtschaftliche Grundlage der ukrainischen Staatlichkeit untergraben wurde", schrieb Medwedew. Die Ressourcengrundlage, die sich Kiew nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 "unrechtmäßig angeeignet" habe, sei "in ihr Heimatland", nämlich Russland, zurückgekehrt, sagte er.

* * *

Volkswagen: Beschäftigungsgarantie widerrufen – Vorstand plant Massentlassungen

<https://freedert.online/inland/217769-beschaeftigungsgarantie-auf-kippe-volkswagen-vorstand/>
02.09.2024

Einen Tag nach der Sachsen-Wahl kommt die Hiobsbotschaft: Der Vorstand von Volkswagen hat die bis 2029 geltende Beschäftigungsgarantie aufgekündigt und plant Massentlassungen. Auch Werksschließungen stehen wieder auf der Tagesordnung.

Der Vorstand des Volkswagenkonzerns hat am Montag die eigentlich bis 2029 geltende Beschäftigungsgarantie für Arbeitnehmer widerrufen und für die nächste Zukunft Massentlassungen im Kerngeschäft angekündigt. Wie es in einer nach einer Führungskräfteversammlung veröffentlichten Mitteilung des VW-Vorstands für die Öffentlichkeit heißt, sind bei der Kernmarke VW – auch und vor allem in Deutschland – Werksschließungen und betriebsbedingte Kündigungen geplant.

Wie berichtet wird, "fehlen" dem Konzern zum Erreichen der Gewinnvorstellungen der Aktionäre pro Jahr fünf Milliarden Euro. Das *Handelsblatt* schreibt von bis zu vier Milliarden Euro, die durch das nun beschlossene Sparprogramm über die bisher schon geplanten Maßnahmen hinaus zusätzlich eingespart werden sollen.

Aus Sicht des Vorstands müssten die Marken innerhalb der Volkswagen AG umfassend restrukturiert werden, hieß es. Der *Focus* zitiert einen Vorstandssprecher mit den Worten:

"Auch Werkschließungen von fahrzeugproduzierenden und Komponenten-Standorten können in der aktuellen Situation ohne ein schnelles Gegensteuern nicht mehr ausgeschlossen werden."

Zudem reiche der bisher geplante Stellenabbau durch Altersteilzeit und Abfindungen nicht mehr aus, um die angepeilten "Sparziele" zu erreichen. In der Mitteilung des Konzernvorstands vom Montag heißt es dazu:

"Ein Umbau allein entlang der demografischen Entwicklung ist aus Sicht des Unternehmens nicht ausreichend, um die kurzfristig notwendigen Strukturanpassungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Vor diesem Hintergrund sieht sich das Unternehmen dazu gezwungen, die seit 1994 fortgeschriebene Beschäftigungssicherung aufzukündigen."

Die Kernmarke Volkswagen hat mit hohen Kosten zu kämpfen und liegt bei der Rendite hinter Konzernschwestern wie Škoda, Seat und Audi zurück. Ein 2023 aufgelegtes Sparprogramm sollte das Ergebnis bis 2026 um zehn Milliarden Euro verbessern. Unter anderem sollten die Personalkosten in der Verwaltung um 20 Prozent sinken. Beim Personalabbau setzte VW bisher auf Altersteilzeit und Abfindungen, entsprechende Programme wurden im Frühjahr noch einmal ausgeweitet und 900 Millionen Euro für Abfindungen von bis zu 474.000 Euro für besonders lang gediente Mitarbeiter zurückgelegt.

Gewerkschaft und Betriebsrat haben bereits Widerstand gegen die Pläne angekündigt. Sie seien "ein Angriff auf unsere Beschäftigung, Standorte und Tarifverträge", heißt es in einer Sonderausgabe der Betriebsratszeitung "Mitbestimmen" dazu. Niedersachsens IG-Metall-Bezirksleiter Thorsten Gröger sprach von einem "unverantwortlichen Plan, der die Grundfesten von Volkswagen erschüttert."

Neben dem Stammwerk in Wolfsburg gibt es Volkswagenwerke in Hannover, Emden, Osnabrück, Braunschweig, Salzgitter, Kassel, Zwickau, Dresden und Chemnitz. Dass die Ankündigung von Werksschließungen einen Tag nach der Landtagswahl in Sachsen kommt, dürfte wegen der drei letztgenannten Standorte kein Zufall sein.

* * *

AfD in Thüringen lädt alle Journalisten von Wahlparty aus

<https://freedert.online/inland/217578-afd-in-thueringen-laedt-alle-journalisten-von-wahlparty-aus/>
01.09.2024

Das Landgericht Erfurt hatte entschieden, dass die AfD nach der Landtagswahl allen Berichterstattern gleichermaßen Zutritt zur Party gewähren muss. Als Reaktion auf das Urteil lud die Partei alle Journalisten wieder aus.

Die AfD in Thüringen will auf ihrer Wahlparty keine Journalisten. Nach einem Gerichtsurteil lud die Partei alle Journalisten wieder aus. Mehrere Medien hatten ihren Zugang zuvor eingeklagt.

Dies bestätigte der stellvertretende Sprecher des AfD-Landesverbands, Torben Braga. Journalisten sollen am Sonntagabend Partei- und Fraktionsvertreter der AfD stattdessen im Thüringer Landtag interviewen.

Die Partei zieht mit dem Ausschluss der Presse nach eigenen Angaben die Konsequenzen aus dem Urteil des Landgerichts Erfurt. Das Gericht hatte entschieden, dass die AfD nach der Landtagswahl allen Berichterstattern gleichermaßen Zutritt zur Party gewähren muss.

Das Nachrichtenmagazin *Spiegel*, die *Bild*-Zeitung, *Welt* sowie die Tageszeitung *taz* hatten sich gemeinsam an das Landgericht gewandt, um gegen den Ausschluss ihrer Journalisten von der AfD-Wahlparty vorzugehen.

Laut AfD waren Akkreditierungsanträge von 150 Journalisten eingegangen. Dazu hätten noch 150 AfD-Gäste untergebracht werden müssen. Dafür fehle aber in dem betreffenden Lokal der Platz, hieß es von der Partei. Wo die AfD-Wahlparty stattfindet, hält die Partei geheim.

50 Medienvertreter hatten nach AfD-Angaben bereits eine Zusage erhalten, nachdem sie zuvor eingeladen worden waren. Darin sah das Gericht eine Benachteiligung einiger Pressevertreter.

AfD-Sprecher Braga hatte die Einladung an einige ausgewählte Medienvertreter damit begründet, dass diese kontinuierlich über Thüringer Landespolitik und die Thüringer AfD berichteten.

* * *

"Mit Farbe ins Gesicht": Anschlag auf Sahra Wagenknecht in Erfurt

<https://freedert.online/inland/217358-mit-farbe-ins-gesicht-anschlag-auf-wagenknecht/>

29.08.2024

In Erfurt hat sich am Donnerstagabend während eines Wahlkampfauftritts ein Anschlag auf Sahra Wagenknecht, die Vorsitzende des nach ihr benannten Bündnisses, ereignet. Ein Mann im mittleren Alter stürmte auf die Bühne zu und spritzte der Politikerin Farbe ins Gesicht.

Während einer Wahlkampfveranstaltung des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) in Erfurt, Thüringen, ist am Donnerstagabend ein Anschlag auf dessen Vorsitzende Sahra Wagenknecht verübt worden. Ein Mann sprühte der Politikerin Farbe mitten ins Gesicht, als diese auf der Bühne stand.

Personen, die bei der Veranstaltung auf dem Domplatz der Landeshauptstadt dabei waren, berichten, dass der Mann nach vorn stürmte, als Wagenknecht nach 40 Minuten ihren Auftritt beenden wollte. Er kroch unter der Absperrungsleine hindurch und kniete sich vor die Bühne. Dann besprühte er die Politikerin mit einer roten Flüssigkeit.

Zwei Beamte des Bundeskriminalamts rangen den Angreifer zu Boden und legten ihm Handschellen an.

Die Zuschauer reagierten mit "Sahra, Sahra, Sahra"-Rufen auf den Vorfall. Nach Angaben der Organisatoren der Veranstaltung gehe es Wagenknecht, die sofort von der Bühne abgeführt worden war, "den Umständen entsprechend" gut. Nach einer kurzen Unterbrechung setzte Wagenknecht ihren Auftritt fort und wurde von der Menge bejubelt.

Der Thüringer BSW-Spitzenkandidat Steffen Schütz sagte nach dem Vorfall auf der Bühne: "Jetzt erst recht" müsse man am Sonntag das BSW wählen. Seine Co-Spitzenkandidatin Katja Wolf machte für den Hass und den Anschlag "dieses Gift" verantwortlich, das von "ganz links" und "ganz rechts" gegen Wagenknecht "gestreut" werde.

Ein Augenzeuge sagte, der Täter habe nach der Farbattacke etwas auf Russisch oder Ukrainisch gerufen. Ein weiterer Zeuge, der Listenkandidat des BSW und Polizist Sven Küntzel, stand während des Vorfalls rechts von der Bühne. Er gab der Tageszeitung *Welt* anschließend ein Interview und behauptete darin, den Täter "Ukraini oder Ukraina" rufen gehört zu haben. Weiter sagte Küntzel:

"Sahra war der Schock ins Gesicht geschrieben."

Darüber hinaus gibt es noch keine Informationen zu seinen Motiven und der Person. Den Bildern nach zu urteilen, handelt es sich um einen Mann im mittleren Alter.

* * *

Keine Aussöhnung in Sicht – Kuleba schockiert Polen mit Aussagen zum Wolhynien-Massaker

<https://freedert.online/europa/217399-keine-aussoehnung-in-sicht-kuleba-schokiert-polen-aussagen-wolhynien-massaker/>

30.08.2024

Bei einem Besuch in Polen hat der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba das Wolhynien-Massaker mit der Deportation von Ukrainern im Zuge der UPA-Bekämpfung verglichen. Daraufhin drohte der polnische Premier mit politischen Folgen für die Ukraine, sollte sie ihre Position bezüglich des Umgangs mit dem Verbrechen nicht überdenken.

Am Mittwoch machte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba während seines Polen-Besuches bemerkenswerte geschichtspolitische Aussagen, berichtet das polnische Nachrichtenportal *Interia Wydarzenia*. Medienwirksam teilte er die offizielle Position Kiews zum Umgang mit dem Gedenken an das von der ukrainischen Schreckensguerilla UPA verübte Wolhynien-Massaker mit, im Zuge dessen bis zu 100.000 Polen starben. Auf dem Podium mit seinem Kollegen Radosław Sikorski sitzend, erinnerte der ukrainische Chef-Diplomat die Teilnehmer einer Diskussionsveranstaltung daran, wie die Polen die Ukrainer während der Operation "Weichsel" behandelten.

Der ukrainische Außenminister war ein besonderer Gast am letzten Tag des Forums "Polen der Zukunft", das in der Nähe des ostpolnischen Olsztyn, der Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland-Masuren, stattfand. In seiner Antwort auf eine Frage zum Wolhynien-Massaker erinnerte er daran, wie die Polen die Ukrainer während der Operation "Weichsel" behandelten. Ihm zufolge wurden sie von den "ukrainischen Territorien" in Polen "gewaltsam vertrieben".

Damit löste Kuleba bei vielen Polen starke Irritationen aus. Alles begann mit der Frage eines Veranstaltungsteilnehmers. Er wollte wissen, wann die Ukraine die Opfer des Massakers von Wolhynien im Zweiten Weltkrieg exhumieren werde. Die Frage rief eine heftige Reaktion der Anwesenden hervor. Daraufhin beschloss der ukrainische Außenminister, ein anderes Ereignis aus der Geschichte der polnisch-ukrainischen Beziehungen in Erinnerung zu rufen. "Kennen Sie die Operation 'Weichsel' und die Rolle von Olsztyn?", fragte Kuleba.

"Tatsache ist, dass all diese Ukrainer gewaltsam aus den ukrainischen Gebieten vertrieben und hier angesiedelt wurden, auch in Olsztyn", erklärte der Leiter des ukrainischen Außenministeriums.

Dmitri Kuleba merkte an, dass "in der Geschichte zu wühlen" nicht sinnvoll sei und das die Menschen spalte. Er sagte auch, dass sein Land "keine Probleme mit der Exhumierung in Wolhynien" habe. Er wies darauf hin, dass er mit Radosław Sikorski darüber gesprochen habe.

"Wir bitten die polnische Regierung lediglich darum, der Ukrainer zu gedenken. Wir wollen, dass es ein bilateraler Prozess ist", sagte er. Der ukrainische Regierungsbeamte warnte vor einer angeblichen Einwirkung Moskaus, das jegliche Reibung und emotionale Spiele um die Geschichte nutze, um "Provokationen" zu organisieren. "Überlassen wir die Geschichte den Historikern und bauen wir die Zukunft gemeinsam auf", forderte er.

Die Worte des ukrainischen Ministers lösten eine Welle der Empörung in den sozialen Medien aus, auch mehrere Politiker meldeten sich zu Wort. Der Abgeordnete der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Janusz Kowalski bezeichnete die bei dem Forum gemachte Aussage als "revisionistisch".

"Dieser Politiker sollte zur Persona non grata in Polen erklärt werden. Und sofort unser

Land verlassen!", schrieb Kowalski bei dem sozialen Netzwerk X.

Kowalski vertrat die Ansicht, dass die Frage der Exhumierung der Polen in Wolhynien "in aller Schärfe" gestellt werden sollte. Das polnische Volk habe die Ehre und sei mit einer solchen Behandlung der Opfer des von den Ukrainern an den Polen in Wolhynien begangenen Völkermordes und mit Geschichtsrevisionismus nicht einverstanden.

Der PiS-Abgeordnete wies auch auf das Verhalten des neben Kuleba sitzenden Radosław Sikorski hin, der in keiner Weise auf die Aussage seines ukrainischen Kollegen reagiert habe, und forderte seinen Rücktritt.

Auch das Stadtoberhaupt der grenznahen Stadt Chełm, Jakub Banaszek, reagierte kritisch auf die Äußerungen Kulebas. "Mir ist klar, dass es keine echte, aufrichtige Versöhnung geben wird", schrieb der Bürgermeister. Banaszek verurteilte die Gleichsetzung der Operation Weichsel mit dem Völkermord in Wolhynien. Er wies darauf hin, dass Kuleba die grenznahen Territorien im polnischen Lemkenland im Südosten des Landes als "ukrainische Gebiete" bezeichnet hatte.

"Im Zusammenhang mit dem Wolhynien-Massaker von ukrainischen Gebieten zu sprechen, ist verachtenswert", sagte er.

Der rechte Publizist Łukasz Warzecha erklärte, dass "die ukrainische Politik durch eine schamlose Unverschämtheit gegenüber denjenigen gekennzeichnet ist, die sich auf diese Weise behandeln lassen." Er fügte hinzu, dass die Haltung einiger polnischer Politiker solche Äußerungen "buchstäblich ermutigt." "Es ist nicht überraschend, dass Herr Kuleba sagt, was er sagt", betonte Warzecha.

Mit "einige polnische Politiker" meinte er Radosław Sikorski, der sich erst nach einer Anfrage der Polnischen Presseagentur zu dem Vorfall äußerte. In seiner Stellungnahme verzichtete der polnische Außenminister auf Kritik an Kuleba und gab ihm grundsätzlich recht.

"Die mehrere hundert Jahre alte Abrechnung zwischen Nachbarn fällt nie ausschließlich zugunsten des einen aus. Wir haben also die Wahl: Wir können oder wir müssen uns mit der Vergangenheit auseinandersetzen, was sehr wichtig ist. Unsere Opfer, die wir leider nicht wieder zum Leben erwecken können, haben ein christliches Begräbnis verdient. Oder wir können uns darauf konzentrieren, eine gemeinsame Zukunft aufzubauen, sodass keine Dämonen mehr unter unseren Völkern erwachen und uns in Zukunft kein gemeinsamer Feind mehr bedroht. Ich bevorzuge letzteren Ansatz", antwortete der polnische Außenminister.

Sikorski fügte hinzu, dass die Frage der Exhumierung der Opfer des Massakers von Wolhynien ein "Problem" sei und er "hoffe, dass die Ukraine dieses Problem im Geiste der Dankbarkeit für die von Polen geleistete Hilfe lösen werde."

Tusk: "Eindeutig negativ"

Doch nicht alle in der polnischen Regierung sind bereit, die Relativierungsversuche Kiews beim Umgang mit den UPA-Verbrechen kritiklos hinzunehmen. "Ich bewerte die Äußerungen des ukrainischen Außenministers eindeutig negativ, sowohl in Bezug auf die Interpretation der Geschichte als auch auf das Problem der Exhumierung [der Opfer des Massakers von Wolhynien]", sagte der polnische Premierminister Donald Tusk laut onet.pl am Freitag.

Donald Tusk unterstützte die Meinung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und

Verteidigungsministers Władysław Kosiniak-Kamysz, die dieser am Donnerstag in den USA geäußert hatte, nämlich dass ein EU-Beitritt der Ukraine ohne die Zustimmung Polens nicht möglich sei. "Die Ukraine und die Ukrainer, denen wir großen Respekt und Unterstützung für ihre militärischen Anstrengungen zollen, müssen sich darüber im Klaren sein, dass der Beitritt zur EU auch den Beitritt zu einer Zone von Standards in Bezug auf die politische und historische Kultur bedeutet. Und solange die Ukraine diese Standards nicht respektiert, wird sie nicht Teil der europäischen Familie werden", fügte der polnische Premierminister hinzu.

Operation "Weichsel": 140.000 Ukrainer umgesiedelt

Die Operation "Weichsel" war eine Militäroperation und gleichzeitig Umsiedlungsmaßnahme der polnischen Regierung im Jahr 1947. Im Jahre 1947 operierten bewaffnete UPA-Verbände in den Wäldern im Südosten Polens und übten Terror gegen die polnischen Verwaltungskräfte aus. Ziel der Operation war es, die Ukrainer von ihrer natürlichen "Basis" im Südosten der Volksrepublik Polen abzuschneiden.

Am 27. und 28. April wurden fast 140.000 Zivilisten in die westlichen Gebiete Polens und in die ehemaligen deutschen Gebiete im Zuge einer Blitzaktion deportiert. Die ukrainische Bevölkerung wurde in Ober- und Niederschlesien, im Lebusener Land und in Westpommern (der heutigen Woiwodschaft Pommern) sowie in Ermland und Masuren angesiedelt. Gemäß den Anweisungen hatten die Ukrainer nur wenige Stunden Zeit, ihre Sachen zu packen. Die Habseligkeiten durften auf maximal zwei Karren geladen werden, der Rest ihres Besitzes musste zurückgelassen werden. Da die Maßnahme unter anderem auch die Assimilation der ukrainischen Bevölkerung vorsah, wird die Operation "Weichsel" in ukrainischen nationalistischen Kreisen als "Genozid" an den Ukrainern bewertet.

* * *

Analyse

Die Türkei macht eine hinterhältige Geste im globalen Spiel mit Russland

<https://freedert.online/international/218027-tuerkei-macht-hinterhaeltige-geste-im/>

04.09.2024

"Ein sehr ernstes geopolitisches Ereignis" – so bewerten Experten die Nachricht, dass die Türkei einen Antrag auf Aufnahme in die BRICS gestellt hat. Ankara wäre für Moskau in der BRICS zweifellos nützlich, aber was sind die wahren Absichten der türkischen Führung?

Von Geworg Mirsajan

Die Türkei hat offiziell den Beitritt zu den BRICS beantragt, berichtet Bloomberg. Der Nachrichtenagentur zufolge will Ankara damit "Bündnisse jenseits des Westens aufbauen" und strebt auch danach, "seinen globalen Einfluss zu stärken und neue Beziehungen jenseits seiner traditionellen westlichen Verbündeten zu knüpfen." Einfach ausgedrückt, das Land strebt danach, seine internationalen Kontakte zu diversifizieren.

Wladimir Awatkow, Doktor der Politikwissenschaften und Leiter der Abteilung für den Mittleren und Post-Sowjetischen Osten am Institut für wissenschaftliche Informationen über Sozialwissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften, erklärt gegenüber der Zeitung *Wsgljad*:

"Die türkische Führung hat verstanden, dass sich die Welt verändert. Die Welt des Westens, wie sie war, geht zu Ende. Daher ist es notwendig, mit den Fortschritten in den internationalen Beziehungen Schritt zu halten und Beziehungen zu den aufstrebenden nicht-westlichen Ländern zu unterhalten."

Und unter diesem Gesichtspunkt sind die BRICS natürlich die ideale Wahl. Eine Organisation, der (im Gegensatz zu einer Reihe regionaler Formate) inzwischen fast alle führenden Politiker des kollektiven Nicht-Westens angehören. Eine Organisation, die sich (anders als die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit SOZ) nicht auf einen bestimmten Aspekt der Aktivitäten konzentriert, sondern eine universelle Agenda hat.

Und – was am wichtigsten ist – eine Organisation, die (im Gegensatz zu AUKUS, NATO usw.) nicht gegen einen bestimmten Akteur gerichtet ist und eher ein konstruktives als ein destruktives Image pflegt. Das heißt, sie zwingt souveräne Länder nicht zum Konflikt mit Drittstaaten.

Wladimir Awatkow sagt:

"Die Ziele der BRICS und der Türkei in Bezug auf die Multipolarität sind ähnlich. Ankara behauptet, die Welt sei größer als fünf (ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates), und strebt danach, die Führungsrolle der nicht-westlichen Länder im System der internationalen Beziehungen auszubauen. Natürlich hat es in erster Linie sich selbst im Blick, aber dieses Ziel stimmt weitgehend mit den Zielen der BRICS-Mitgliedsländer überein."

Für Russland ist die türkische Anfrage von Vorteil. Wladimir Awatkow ist überzeugt:

"Für uns ist jede Abkehr der Türkei von der westlich-zentrierten Logik a priori positiv. Sie bietet mehr Möglichkeiten für einen Dialog mit der Republik Türkei."

Wenn wir über die türkische Mitgliedschaft sprechen, ist die Situation allerdings schon etwas unklarer. Erstens hat sich BRICS bereits vor kurzem von fünf auf zehn Mitglieder erweitert. Zweitens stellt jedes neue Mitglied nicht nur Chancen, sondern auch Herausforderungen auf dem Weg zu einer tieferen Integration dar. Drittens ist die Türkei letztendlich ein willensstarker und integrierter Akteur des Westens. Ihre Teilnahme an BRICS (angesichts des Konsenscharakters der dortigen Entscheidungen) könnte die Entwicklung der Organisation in einigen Bereichen lähmen.

Es ist jedoch möglich, dass sich die Risiken nicht bewahrheiten werden. Und das nicht nur, weil, wie der russische Außenminister Sergei Lawrow vor nicht allzu langer Zeit sagte, "die überwältigende Mehrheit der Stimmen in der Zehn beschlossen hat, mit den neuen Mitgliedern eine Pause einzulegen, um die Neuankömmlinge, die ihre Mitgliedschaft verdoppelt haben, zu 'verdauen'." Sondern auch, weil die Türkei Probleme mit einigen ihrer derzeitigen Partner haben könnte.

Wladimir Awatkow sagt:

"Die Zweigliedrigkeit der Türkei in den Ost-West-Beziehungen bietet Ankara viele Chancen, birgt aber auch eine Reihe von Risiken. Der geäußerte Wunsch, den BRICS beizutreten, wird Washington, das mit der zunehmend unabhängigen Politik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan ohnehin nicht zufrieden ist, ganz sicher nicht gefallen."

Aus praktischer Sicht scheint der Beitritt der Türkei zu den BRICS die US-Amerikaner in keiner Weise zu behindern. Ankara wird weiterhin seine Funktion innerhalb der NATO erfüllen, weiterhin US-amerikanische Stützpunkte unterhalten und eine Reihe von Aufgaben für die USA erfüllen. Aus image- und geopolitischer Sicht ist der Antrag Ankaras jedoch ein schwerer Schlag für die globale Position Washingtons. Andrei Klinzewitsch, Leiter des Zentrums für das Studium von militärischen und politischen Konflikten, erklärt gegenüber der Zeitung *Wsgljad*:

"Der Antrag der Türkei auf Aufnahme in die BRICS ist ein sehr ernstes geopolitisches Ereignis, das darauf hindeutet, dass ein neues Zentrum auf dem Planeten erschienen ist. Es ist wie ein Kristall, der sich um sich selbst dreht und beginnt, neue Staaten zu sammeln. Eine Art alternative Realität, in der die Projekte Russlands, Chinas und Indiens (SOZ, BRICS usw.) an Popularität gewinnen. Und die Türkei, die sich mit großem Aufwand und viel Geld um den Beitritt zur Europäischen Union bemüht hat, setzt nun auf genau diese Plattform."

Tatsächlich stehen die USA vor einer Situation, in der ihre souveränsten Verbündeten – Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und jetzt die Türkei – zu einer feindlichen Plattform überlaufen. Und das nicht nur situativ, sondern als Teil eines globalen Trends. Wladimir Awatkow sagt:

"Der Westen hat aufgehört, für nicht-westliche Länder ein attraktives Bonbon zu sein. Sie waren bereit, ihn wegen der wirtschaftlichen Vorteile zu tolerieren, aber jetzt diktiert der Westen mehr und gibt weniger. Er konzentriert sich auf die Ideologie, und niemand in den östlichen Ländern wird sich sozusagen für Ideen aller Art interessieren, die nicht dem Standard entsprechen."

Aber natürlich werden die USA versuchen, diesen Trend doch noch umzukehren. Zumindest in Bezug auf die Türkei. Sie werden sowohl auf Sanktionen als auch auf die Zusammenarbeit mit den Menschen setzen. Wladimir Awatkow sagt:

"Der Wunsch, den BRICS beizutreten, ist höchstwahrscheinlich eine Initiative aus dem Umfeld Erdoğan's.

Sowohl in der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung AKP als auch unter den Kemalisten und noch mehr unter den Nationalisten ist die Haltung gegenüber BRICS eher kühl. Die Kemalisten sind in vielerlei Hinsicht prowestlich eingestellt, und für sie ist ein Abweichen von der NATO-Linie nicht sehr akzeptabel. Was die Nationalisten betrifft, so sind sie bereit, den Nicht-Westen eher als eine Gelegenheit zu sehen, ihren eigenen Einfluss in diesen Räumen auszuweiten."

Und BRICS ist kein Instrument zur Ausweitung des Einflusses eines Mitglieds, sondern eher ein Verwaltungsrat, in dem der Einfluss einiger Mitglieder auf Kosten anderer auf zivilisierte Weise ausgeglichen wird. Andrei Klinzewitsch ist überzeugt:

"BRICS ist eine beratende Plattform, wo sich die Länder darauf einigen, keinen Krieg gegeneinander zu führen, auch nicht mit wirtschaftlichen Methoden."

Vielleicht ist das, was wir jetzt von Ankara sehen, kein echter Versuch, den BRICS beizutreten, sondern nur eines der Elemente des listigen östlichen Feilschens, in dem Erdoğan so geschickt ist. Wir haben es hier mit einer politischen Geste zu tun, hinter der vielleicht keine wirkliche Substanz steckt, oder die Substanz ist vielleicht nicht das, wonach sie auf den ersten Blick aussieht. Vielleicht hat Sergei Lawrow auch deshalb von einer "Pause mit den neuen Mitgliedern" gesprochen – und diese Pause ist gerade deshalb notwendig, damit die BRICS-Kandidaten die Ernsthaftigkeit ihrer Absichten bestätigen können. Die Türkei ist genau solch ein Fall, wo diese Bestätigungen absolut notwendig sind.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 3. September 2024 zuerst auf der Webseite der Zeitung WSGLJAD erschienen.

Geworg Mirsajan ist außerordentlicher Professor an der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation, Politikwissenschaftler und eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Geboren wurde er 1984 in Taschkent. Er machte seinen Abschluss an der Staatlichen Universität in Kuban und promovierte in Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt USA. Er war von 2005 bis 2016 Forscher am Institut für die Vereinigten Staaten und Kanada an der Russischen Akademie der Wissenschaften.

* * *

Kindersoldaten tränken Schweden in Blut

<https://freedert.online/europa/217617-kindersoldaten-traenken-schweden-in-blut/>

02.09.2024

Das organisierte Verbrechen in Schweden, das als besonders einflussreich und äußerst gewalttätig gilt, hat die Welt erneut überrascht. In dem nach außen hin wohlhabenden skandinavischen Land herrscht im Grunde ein Bürgerkrieg zwischen ethnischen Banden, die Kinder als Killer einsetzen. Warum kann die Polizei nichts dagegen tun?

Von Stanislaw Leschtschenko

Der neue Trend in Schweden sind minderjährige Auftragskiller, die von älteren Gangstern angeheuert werden, um Rivalen auszuschalten. Wir sprechen von Dutzenden und Hunderten von

erschütternden Fällen. Beamte und die Presse bezeichnen diese Killer als Kindersoldaten, ähnlich wie bei der Mafia in Italien und in den Vereinigten Staaten.

Das Zero-Netzwerk

Das Problem wurde vor einem Jahr nach zwei aufsehenerregenden Tragödien bekannt. Im Stockholmer Vorort Jordbro wurden die Leichen von zwei 14-jährigen Teenagern namens Mohamed und Leith gefunden, die einige Monate zuvor verschwunden waren. Die Ermittler vermuteten, dass die Teenager getötet wurden, weil sie sich bereit erklärt hatten, als Auftragskiller zu arbeiten, aber an ihrer Aufgabe scheiterten. Diese Version kam auf, weil auf der Haut des bereits toten Mohamed das Z-Symbol eingeritzt war, das von der Stockholmer Bande Zeronätverket (Zero-Netzwerk) verwendet wird.

In Helsingborg wurde ein Auto in einer Straße geparkt aufgefunden, dessen Fahrer erschossen hinter dem Steuer saß. Die Polizei brauchte nicht lange, um den Mörder ausfindig zu machen, denn er hatte auf unerfahrene Weise eine Menge Spuren hinterlassen. Der 16-Jährige hatte nicht einmal Zeit, die Waffe wegzuworfen, aus der er drei Kugeln auf das Opfer abgefeuert hatte. Die Ermittlungen ergaben später, dass "der Mord sorgfältig geplant war und den Charakter einer Hinrichtung hatte".

Die Gerichtsverhandlungen im zweiten Fall fanden wegen der Minderjährigkeit des Angeklagten hinter verschlossenen Türen statt. Erst nach der Urteilsverkündung erfuhr die Öffentlichkeit die Hintergründe des aufsehenerregenden Verbrechens: Der junge Mörder hatte nicht aus eigenem Antrieb gehandelt, sondern einen Auftrag ausgeführt.

Der Auftraggeber entpuppte sich als 26-jähriger Mafioso namens Orhan Demay. Er fand den jungen Mann, der seinen Lehrern zufolge "ein kluger Junge war, wenn er wollte", der Fußball und Musik liebte, sich dann aber auf Computerspiele einließ, Schulden machte und dringend Geld brauchte. Demay versorgte ihn mit einem Mobiltelefon zur Kommunikation, einer Pistole, Munition, einem Fahrrad und Kleidung zum Wechseln. Außerdem wurde der unerfahrene Auftragskiller von einem erfahrenen Experten, dem 20-jährigen Burak Burkan, angeleitet.

Alle vier Angeklagten stritten ihre Beteiligung ab, doch die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweise erwiesen sich als unwiderlegbar. Infolgedessen wurde Demay zu lebenslanger Haft verurteilt (unter anderem wegen Verwicklung eines Minderjährigen in kriminelle Handlungen); Burkan erhielt fast 15 Jahre Gefängnis und der unmittelbare Täter wurde zu vier Jahren Haft in einem geschlossenen Internat für Minderjährige verurteilt. Laut dem Wortlaut der schwedischen Justiz wird er sich dort einer "stationären Behandlung" unterziehen. Ein Freund und Komplize des Mörders wurde zu drei Jahren "Behandlung" verurteilt.

Die Medien haben weder die Namen noch die ethnische Zugehörigkeit der jugendlichen Straftäter bekannt gegeben. Den veröffentlichten Fotos nach zu urteilen, handelt es sich jedoch um Kinder von Migranten. Sowohl in Schweden als auch im benachbarten Dänemark bezeichnet die Presse die jugendlichen Mörder stets als "Schweden".

Dummheit und Mut

Die Zeitung *Wsgljad* hat bereits mehrfach darüber berichtet, dass die ethnische Kriminalität in Schweden zunimmt und das Land schon lange kein sicherer Ort mehr ist. Seitdem hat sich die Situation nur noch verschlimmert. Offiziellen Angaben zufolge sind allein in den Reihen der lokalen organisierten Kriminalität etwa 30.000 Personen aktiv und das kriminelle Milieu wird eindeutig jünger.

"In nur zehn Jahren ist dieses skandinavische Land von einem der sichersten Länder des Kontinents zu einem Land an der Spitze der europäischen Rangliste mit tödlichen Schießereien geworden. Tief verwurzelte Banden (meist angeführt von Einwanderern der zweiten Generation) töten nicht nur einander, sondern auch unschuldige Passanten. Viele der Verbrecher sind Jugendliche unter vierzehn Jahren. Aus ihnen bereiten die Gangster eine Nachwuchsgeneration von Gangstern vor", schreibt die britische Zeitung *Financial Times*.

Die kriminellen Banden in Schweden sind nicht nur für ihre Brutalität, sondern auch für ihre unkonventionellen Methoden bekannt. Minderjährige Killer sind eine davon. Die Gangster mögen solche "Kader" aus zwei Gründen.

Erstens sind Jugendliche aufgrund der Unreife ihrer Psyche und unter dem Einfluss von Videospielen, die Gewalt romantisieren, leichter bereit, das Leben eines anderen Menschen auszulöschen. Viele lockt die Aussicht, einen hohen Platz in der sozialen und kriminellen Hierarchie einzunehmen, die von zahlreichen Stereotypen über das luxuriöse Leben von Gangstern, die Geld und Macht über das Schicksal anderer haben, bestimmt sind.

Zweitens: Wenn ein erwachsener Krimineller wegen Mordes zu einer langen Strafe verurteilt wird, bekommt ein Jugendlicher nur ein paar Jahre in einem Strafvollzugsinternat.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2023 wurden 42 Ermittlungen gegen Jugendliche eingeleitet, die einen Mord begangen oder versucht hatten, während es im gesamten Jahr 2022 nur 38 waren. "Wir haben eine steigende Zahl von Jugendlichen, die sehr schwere Straftaten begehen. Das ist eine äußerst schreckliche und traurige Entwicklung", kommentierte der Staatsanwalt Carl Mellberg die Statistik im Schwedischen Rundfunk. Ein Jahr später wurden die Dinge noch viel trauriger und grausamer. Zwischen Januar und Ende Juli 2024 wurden 93 Minderjährige des versuchten Mordes oder der Anstiftung dazu verdächtigt.

"Das ist Wahnsinn"

Das Problem der schwedischen Kindersoldaten stößt in der Presse der Nachbarländer – Dänemark und Norwegen – auf großes Interesse. Dieses Interesse ist berechtigt: Die Banden wachsen so schnell, dass Schweden für sie nicht mehr ausreicht. Gleichzeitig führen sie untereinander erbitterte Revierkämpfe: Der Haupteinsatzbereich der Kinder besteht darin, Vertreter rivalisierender Banden zu töten.

Eine andere Möglichkeit, das Problem der "Überbevölkerung" zu lösen, besteht für die Banden darin, die Nachbarländer zu erschließen, was auch schon geschieht. Die schwedischen kriminellen Organisationen sind schon in Dänemark und Norwegen aktiv, und die lokalen Medien berichten über die blutige Agenda aus Schweden mit der Warnung: Bald kommt das alles zu uns.

Als Banditen am Ausgang einer U-Bahn-Station in Farsta, einem südlichen Vorort von Stockholm, eine Schießerei mit automatischen Armeewaffen veranstalteten und dabei zwei Menschen (darunter einen 15-jährigen Jungen) töteten, bat das norwegische Portal *Aftenposten* den Kriminologen Manne Gerell von der Universität Malmö um einen Kommentar. Dieser beschwerte sich:

"Junge Menschen werden zunehmend zur Zielscheibe. Wir haben 15-Jährige, die mit Sturmgewehren schießen und 15-Jährige, die mit Sturmgewehren erschossen werden. Das ist Wahnsinn.

Sie wollen cool sein und gutes Geld verdienen. Und sie bekommen ihren Willen, wenn sie

Mordaufträge erfüllen."

Ein dänischer Fernsehsender veröffentlichte die Preise für die Dienste der minderjährigen "Soldaten" aus Schweden. Für einen Schuss in den Kopf oder den gezielten Wurf einer Handgranate kann man 300.000 bis 500.000 schwedische Kronen (etwa 26.000 bis 44.000 Euro) verdienen. "Unsere lokalen Banden heuern schwedische Kindersoldaten an, um Verbrechen zu begehen. Es ist zutiefst beunruhigend, dass dies überhaupt geschehen kann. Und zutiefst beunruhigend, dass dies jetzt gerade in Dänemark geschieht", sagte der dänische Justizminister Peter Hummelgaard. Er traf sich kürzlich mit Beamten des Innenministeriums und vereinbarte eine Verschärfung der Kontrollen von Personen, die aus Schweden über die Öresund-Brücke nach Dänemark einreisen.

Nach dänischem Recht werden übrigens Verbrechen von Personen, die mit organisierten Gruppen in Verbindung stehen, härter bestraft – und das gilt für alle, die das 15. Lebensjahr überschritten haben. Der stellvertretende dänische Polizeichef Peter Svarrer berichtete, dass lokale Kriminelle schwedische "Soldaten" über das Internet anheuern. "Es scheint keinen Sinn zu machen, dass junge Menschen zwischen vierzehn und fünfzehn Jahren eine Waffe oder eine Granate in die Hand nehmen. Ich halte das für verrückt – und bin überrascht, dass sie dazu bereit sind."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 1. September 2024 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Egon Krenz über die geopolitische Lage und die neue deutsche "Kriegstüchtigkeit"

<https://freedert.online/inland/217511-egon-krenz-ueber-geopolitische-lage/>

01.09.2024

Im Interview erklärt der ehemalige Staatsratsvorsitzende der DDR, Egon Krenz, welche Ziele die USA nach der deutschen Einheit verfolgten und wie sich die Politik von Olaf Scholz von der Politik früherer westdeutscher Kanzler unterscheidet. Krenz appelliert: Deutschland muss friedensfähig werden!

Von Felicitas Rabe

Der ehemalige Staatsratsvorsitzende der DDR, Egon Krenz, beantwortete im Interview mit RT DE am Freitag Fragen zur aktuellen geopolitischen Lage. Insbesondere fasst er die geopolitische Entwicklung nach dem Mauerfall zusammen und erläutert die darauf einsetzende Vormachtstellung der USA und deren Ziele. Krenz vergleicht auch die Außenpolitik und die Diplomatie früherer westdeutscher Bundeskanzler gegenüber den USA, der Sowjetunion und der DDR mit der Politik des aktuellen Bundeskanzlers Olaf Scholz.

RT DE: Herr Krenz, nach dem Ende der Sowjetunion und dem deutschen Mauerfall und dem Ende des sogenannten "Kalten Krieges" weltweit haben viele Menschen auf eine internationale friedliche Kooperation der Nationen gehofft. Wie bewerten Sie die aktuelle geopolitische Lage und die Weltkriegsgefahr?

Egon Krenz: Ich habe große Zweifel, ob der Kalte Krieg jemals wirklich zu Ende war. Beendet war in Europa die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, nicht aber das Bestreben der USA, bestimmende Weltmacht zu sein, Russland als Großmacht auszuschalten und gute Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu verhindern. Aktuell soll Russland

"ruiniert" werden, damit sich die USA China zuwenden können. Das ist nicht Propaganda. Es sind nachprüfbar Tatsachen.

RT DE: *Wozu diente die deutsche Einheit aus US-amerikanischer Sicht? Können Sie näher erläutern und aus Ihrer Sicht begründen, welche Ziele die USA nach 1989 verfolgten?*

Egon Krenz: Ich habe es zum Teil selbst erlebt: Als Gorbatschow bei seinem Treffen mit Bush dem Älteren Anfang Dezember 1989 auf Malta einseitig den Kalten Krieg für beendet erklärte, erhoben sich die USA zum Sieger dieses Krieges. Das war zweifelsfrei eine Demütigung der Sowjetunion, auf deren Initiative nicht nur die Europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) 1975 in Helsinki zustande gekommen war, sondern auch alle wesentlichen Abkommen über Abrüstung mit den USA in den Siebziger- und Achtzigerjahren. 1989 ging es den USA keineswegs nur um die deutsche Einheit. Sie war lediglich eine Möglichkeit, um die Streitkräfte der UdSSR aus dem Zentrum Europas zu drängen. Der Warschauer Vertrag wurde aufgelöst. Die NATO blieb.

Die russischen Streitkräfte zogen aus Mitteleuropa ab – übrigens mit einer drittklassigen Verabschiedung im Vergleich zu den West-Alliierten. Es sah aus, als kehrten nicht die Sieger über den deutschen Faschismus nach Hause zurück, sondern die Verlierer. Die USA setzten sich hier fest. Sie haben in Deutschland nach wie vor Atomwaffen stationiert. Condoleezza Rice, die spätere Außenministerin der USA, bekannte in einem Interview für das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* freimütig, mit dem vereinten Deutschland, eingebettet in die NATO, sei "Amerikas Einfluss in Europa gesichert". Die Grenze zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag verlief bis zum 3. Oktober 1990 quer durch Europa. In Deutschland an Elbe und Werra und in Berlin mitten in der Stadt. Heute verläuft sie an den Grenzen Russlands.

Da kann es doch nicht verwundern, dass sich dies im kollektiven Gedächtnis der Völker Russlands festgesetzt hat und sie von ihrem Präsidenten Putin nach den chaotischen Jelzin-Jahren verlangten, nationale Sicherheitsinteressen selbstbewusst durchzusetzen. In der jahrzehntelangen Politik der USA und ihrer NATO-Verbündeten gegen Russland liegt die Ursache für die globalpolitischen Verwerfungen der Gegenwart, einschließlich der Möglichkeiten eines neuen Weltkrieges. Ich bin Optimist und erinnere mich in diesem Zusammenhang an ein Wort von Bert Brecht, das ich noch als Schuljunge 1952 in der DDR gelernt hatte:

"Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind und sie werden kommen ohne Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden."

RT DE: *Lässt sich die heutige Situation mit den Spannungen in den Achtzigerjahren vergleichen?*

Egon Krenz: Aus meiner Sicht: Nein. Als ich 1984 den Jungsozialisten Olaf Scholz im Zentralkomitee der SED empfing, war seine Überzeugung: Frieden schaffen ohne Waffen. Ich hätte mir damals nicht vorstellen können, dass er einmal die Bundesrepublik in eine Periode der Hochrüstung führt. 100 Milliarden für das Militär – was könnte man aus dieser Summe alles für die Menschen tun! Die Zeit damals war zwar auch äußerst gefährlich, aber die Regierenden auf beiden Seiten wussten noch aus eigener Erfahrung, was Krieg bedeutet und kannten so die roten Linien, die man nicht überschreiten durfte, wenn man Frieden wollte. Diese Fähigkeit haben viele der heute in der EU Regierenden nicht mehr.

Ich habe dieser Tage auf der Plattform *The Pioneer Briefing* gelesen, dass Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Sicherheits- und Rüstungspolitik angeblich seinem Vor-, Vor-, Vorgänger Helmut Schmidt immer ähnlicher geworden sei. Dem widerspreche ich zum Teil aus eigenem Wissen. Vor mir liegt eine Gedächtnisaufzeichnung über das Vieraugengespräch zwischen Helmut Schmidt und

Erich Honecker vom 11. Dezember 1981 zwischen 19:00 und 23:30 Uhr, angefertigt von Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, dem Beauftragten der DDR für humanitäre Angelegenheiten mit der Bundesrepublik Deutschland. Aus diesem Dokument spricht ein völlig anderer politischer und militärischer Geist als der vom heutigen Bundeskanzler.

RT DE: *Wie unterschied sich die diplomatische und politische Strategie früherer deutscher von der des aktuellen SPD-Bundeskanzlers Olaf Scholz? Welche Unterschiede belegt das Gesprächsprotokoll des Gesprächs zwischen Schmidt und Honecker vom Dezember 1981?*

Egon Krenz: Aus dem Papier geht hervor, Helmut Schmidt hat immer eine Verhandlungslösung bevorzugt, obwohl er den NATO-Doppelbeschluss maßgeblich initiiert hatte, wofür ihn Moskau zu Recht kritisierte. Aber während die USA die UdSSR schon damals allseitig boykottierten, suchte Schmidt das Gespräch mit der sowjetischen Führung gerade deshalb und wehrte sich gegen Sanktionen, besonders beim Röhrengeschäft mit der Sowjetunion. Anders Scholz: Anstatt eigene Verhandlungsvorschläge einzubringen, brachte er aus den USA bereits beschlossene Pläne zur Stationierung neuer amerikanischer Raketen mit, die bis in die Weiten Russlands hineinreichen können. Eine Basta-Entscheidung. Das halte ich für verantwortungslos und ein Spiel mit dem Feuer.

In diesen Tagen erinnern Medien an den Staatsbesuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Bei den Gesprächen zwischen Bundeskanzler Kohl und Erich Honecker spielte das Thema Frieden und wie beide Staaten dazu beitragen wollten, die entscheidende Rolle. Auch dieses Erbe schlägt die Bundesregierung leider aus.

RT DE: *Scholz und Schmidt, beides Sozialdemokraten, unterscheiden sich in ihrer Haltung zur Frage von Krieg und Frieden. Aber die Bundesrepublik von damals scheint sich nicht allzu sehr von der heutigen in ihrer Haltung zu Russland zu unterscheiden?*

Egon Krenz: Ja und nein. Es gab zwar in der alten Bundesrepublik einen latenten Antikommunismus, gepaart mit einem Schuss Antisowjetismus, doch eine solche Russophobie, wie sie gegenwärtig durch Politik und Medien verbreitet wird, habe ich letztmalig als Achtjähriger in der Endphase des Zweiten Weltkrieges erlebt.

Schmidt besaß politischen Weitblick, der seinen politischen Nachfolgern fehlt. Er bekannte gegenüber Erich Honecker, dass er bei allen Vorbehalten gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern, ihnen keinen Kriegswillen unterstelle.

Er traue der sowjetischen Führung nicht zu, einen Atomkrieg zu beginnen. Es treffe zwar zu, dass es kaum einen anderen Staat gebe, der auf den amerikanischen Präsidenten einen stärkeren Einfluss ausübe als die Bundesrepublik, meinte er gegenüber Honecker. Er, Schmidt, sei jedoch Regierungschef nur eines mittleren Staates. Hinzu komme, dass Deutsche den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hätten. Solche Töne hört man heute offiziell kaum noch.

Ich bin sicher, hätte der seinerzeitige Außenminister der Bundesrepublik geäußert, man führe 'Krieg gegen Russland' und wolle 'Russland ruinieren', er wäre von einem Kanzler Schmidt auf der Stelle entlassen worden.

Zudem möchte ich ein allgemeines Missverständnis aufklären. Zu Recht werden Brandt, Wehner, Schmidt und Bahr wegen ihrer Entspannungspolitik gelobt. Doch sie haben diese nicht selbst gemacht. Sie brauchten Partner, und dazu gehörte neben der Sowjetunion auch die DDR. Ohne die friedliche Außenpolitik der DDR hätte es keine Entspannungspolitik geben können.

RT DE: *Muss Deutschland "kriegstüchtig" werden?*

Egon Krenz: Natürlich nicht. Deutschland muss friedensfähig werden. Die Kriegsrhetorik in unserem Lande macht nicht nur mir Angst. Im vergangenen Jahr hat SPD-Vorsitzender Klingbeil in einer Grundsatzrede gefordert: "Nach 80 Jahren Zurückhaltung" habe Deutschland eine neue Rolle, sie bestehe darin, eine militärische "Führungsmacht" zu sein. Wenn ich 80 Jahre zurückrechne, stoße ich nicht auf deutsche Zurückhaltung, sondern auf deutsche Verbrechen, auf die größte Panzerschlacht des Zweiten Weltkrieges im Kursker Bogen. 350 Wehrmachtspanzer der Marke Marder sollen an den Schlachten gegen die Rote Armee beteiligt gewesen sein.

Inzwischen gibt es Meldungen, dass Marder aus deutscher Lieferung wieder im Kurskergebiet kämpfen. Das ist für mich wie ein Stich ins Herz. Und ich weiß: Für sehr viele in der DDR sozialisierte Bürger auch. Der Einsatz deutscher Waffen auf russischem Territorium durch die Ukraine muss beendet werden.

Er sollte endgültig Anlass für die deutsche Regierung sein, keine Waffen mehr in die Ukraine zu schicken. Übrigens: Mit dem Sieg der Roten Armee am Kursker Boden war auch der Traum der Anhänger des ukrainischen Faschisten Stepan Bandera, unter Naziherrschaft einen ukrainisch-faschistischen Nationalstaat gründen zu können, endgültig zerschlagen.

Lassen Sie mich bitte noch ein persönliches Erlebnis anfügen:

Anfang der Sechzigerjahre fragte mich in der Moskauer Metro ein Russe, ob ich Deutscher sei. Ja, sagte ich, DDR-Deutscher. Er würde gern mit mir ein Gläschen trinken und mich zu sich nach Hause einladen. Als wir dort ankommen, ist die Familie vom Urenkel bis zur Großmutter an einem langen Tisch versammelt. Vor zwei leeren Plätzen stehen Porträts und Blumen. Die Familie, erfahre ich, gedenkt – wie viele andere an diesem Tage im ganzen Lande auch – ihrer Toten aus dem Zweiten Weltkrieg. Es ist der 22. Juni, jener Tag, an dem 1941 Nazideutschland wortbrüchig die Sowjetunion überfallen hatte.

Es gab Trinksprüche auf die Toten und die Lebenden. Großmutter erzählt, wie sie den Kriegsbeginn erlebte, wie schwer zu ertragen ist, dass ihr Mann schon im ersten Kriegsjahr gefallen war. Sie wünschte sich für die Zukunft, dass nie wieder ausländische Truppen so nahe der Grenze stehen, wie an jenem Tag, an dem Nazideutschland wortbrüchig ihre Heimat überfallen hatte. Ich frage mich, warum Politiker in Deutschland – vorwiegend aus dem Westteil – diesen einfachen Wunsch der Russen nicht verstehen können oder wollen.

Ich bin überzeugt: Die gegenwärtige Politik Deutschlands gegenüber Russland widerspricht objektiv den nationalen Interessen der Deutschen. Nur mit Russland und nie gegen das größte Flächenland der Erde wird es Frieden geben.

Das wusste schon der konservative Eiserne Kanzler Bismarck, der noch auf seinem Sterbebett sein Testament hinterließ: "Nie, nie gegen Russland!"

Egon Krenz wurde 1937 in Kolberg / Pommern im heutigen Polen geboren. Von 1973 bis 1987 war er Mitglied des SED -Zentralkomitees der DDR und von 1974 bis 1983 Erster Sekretär der DDR-Jugendorganisation FDJ. Ab 1984 war er Stellvertretender Staatsratsvorsitzender von Erich Honecker und vom 24. Oktober bis zum 6.12.1989 war Egon Krenz der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR. Im November erscheint der 3. Band seiner Autobiografie mit dem Titel "Verlust und Erwartung – Erinnerungen" bei der Eulenspiegel-Verlagsgruppe.

* * *

Befreiung von Pokrowsk wird Urteil für ukrainische Metallurgie sein

<https://freedert.online/meinung/217944-befreiung-von-pokrowsk-wird-urteil/>

03.09.2024

Die Lage der ukrainischen Streitkräfte im Donbass verschlechtert sich. Die ukrainische Armee gibt ihre Stellungen in den an Pokrowsk angrenzenden Bezirken auf. Dieser Ort war vor der Sonderoperation eines der wichtigsten Zentren der ukrainischen Kohleindustrie.

Von Aljona Sadoroschnaja und Jewgeni Posdnjakow

Die russische Armee setzt ihre Offensive im Donbass fort. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums gelang es Einheiten des Truppenverbands Mitte am Montag, das Dorf Skutschnoje zu befreien. Insgesamt haben die ukrainischen Streitkräfte am Sonntag in diesem Frontabschnitt bis zu 475 Soldaten, einen gepanzerten Kampfwagen Kosak und drei Pick-ups verloren.

Außerdem gab der Feind unter dem Ansturm der russischen Streitkräfte seine Stellungen in der Nähe des Krankenhauses im südlichen Teil von Selidowo auf. Die ukrainische Armee versucht, die in der Stadt errichtete Verteidigungslinie zu verstärken, aber die ukrainischen Streitkräfte erleiden weiterhin Verluste durch Artillerieeinschläge, so die TASS-Quelle.

Zuvor war die Siedlung von Vertretern der Verwaltung und der kommunalen Dienste aufgegeben worden. Selidowo selbst liegt 20 Kilometer von Krasnoarmeisk (ukrainisch Pokrowsk) entfernt, einem wichtigen Zentrum der ukrainischen Kohleindustrie. Wladimir Selenskij hat die Probleme in diesem Territorium ebenfalls erkannt und die ukrainischen Streitkräfte angewiesen, ihre Präsenz hier zu verstärken. Auch in der Umgebung von Ugledar finden aktive Kämpfe statt.

Experten zufolge wird der Feind den Verlust von Ugledar relativ gelassen überstehen, aber Pokrowsk ist für ihn aus drei Gründen wichtig. Der erste ist rein wirtschaftlicher Natur: Die Überreste der ukrainischen Metallurgie hängen vom Schicksal dieser Stadt ab. Der zweite ist logistischer Natur: Die Einnahme von Pokrowsk wird den Weg in das Gebiet Dnjepropetrowsk öffnen. Und der dritte ist politischer Natur: Die Kämpfe um Pokrowsk haben noch nicht begonnen, aber die Ukraine veröffentlicht schon seit einigen Wochen trostloses Material im Stil des "totalen Verrats".

Der Wirtschaftswissenschaftler und politische Analyst Iwan Lisan erklärt:

"Seien wir ehrlich: Russland hat nie Anspruch auf Kohle erhoben, die zuvor im Interesse der ukrainischen Märkte gefördert wurde. Unsere eigene Jahresproduktion liegt bei etwa 450 Millionen Tonnen. Und wenn wir über Ugledar sprechen, dann ist von den dortigen Minen praktisch nichts mehr übrig – der Feind hat sie geflutet und in Festungsanlagen verwandelt."

Im Großen und Ganzen wird die Ukraine ohne Ugledar auskommen können, fügt der Analyst hinzu. Der Sprecher glaubt:

"Die Rohstoffe werden nicht wirklich benötigt, da es im Land praktisch keine Wärmeerzeugung mehr gibt. Aber der Verlust von Pokrowsk wird ein schwerer Schlag für die Ukraine sein. Und für Russland ist es viel wichtiger, dem Feind maximalen wirtschaftlichen Schaden zuzufügen."

Lisan zitiert Daten:

"Südwestlich von Pokrowsk liegt ein kleines Dorf. Dort befindet sich das einzige Bergwerk auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium, in dem Kokskohle in großen Mengen abgebaut wurde. Im Jahr 2022 betrug die Gesamtförderung etwa vier Millionen Tonnen. In der Spitze konnte das Bergwerk jedoch über acht Millionen Tonnen des Rohstoffs fördern."

Er erklärt: Für die Verhüttung der "alten" Jahresmengen an Stahl wurden etwa neun Millionen Tonnen Koks benötigt. Der Wirtschaftswissenschaftler unterstreicht:

"Das heißt, dieses Bergwerk allein war in der Lage, fast den gesamten Bedarf zu decken. Außerdem betragen die gesamten Kokskohlereserven des Bergwerks nach verschiedenen Schätzungen rund 200 Millionen Tonnen – das entspricht einer Produktion von 20 Jahren."

Dem Experten zufolge nutzt die Ukraine die Mine noch immer. Der Gesprächspartner führt aus:

"Tatsache ist jedoch, dass die ukrainischen Stahlwerke selbst bei minimalen Ladungsmengen nicht über eigenen Koks verfügten. Und vor der Sonderoperation wurde er in einer Menge von 30.000 Tonnen importiert, was für das Eisenbahnsystem eine verschwindend geringe Menge ist. Im Jahr 2022 wurden bereits mehr importiert, im Jahr 2023 fast 300.000 Tonnen und im Jahr 2024 sogar mehr als 300.000 Tonnen. Mit anderen Worten, es muss immer mehr Koks importiert werden, was darauf hindeutet, dass die Produktionsmengen des Bergwerks bereits erheblich gesunken sind."

Der Analyst merkt an:

"Theoretisch könnte der Gegner natürlich versuchen, die verlorenen Mengen durch Importe zu kompensieren."

Aber das ist reine Theorie, der in der Praxis die Hölle auf Erden folgt. Für die minimale Auslastung der Anlagen braucht man etwa vier Millionen Tonnen Koks, aber ich bezweifle sehr, dass die EU in der Lage sein wird, diese zu finden. Außerdem wird die ukrainische Eisenbahn UkrSalisnyzja höchstwahrscheinlich nicht in der Lage sein, diesen Koks in ihr Schienensystem 'hinein zu drängen'. Die unterschiedliche Spurweite in Europa und der Ukraine, ganz zu schweigen von den Zollproblemen usw., macht das Ganze noch problematischer. Darüber hinaus muss der Koks weiter transportiert werden."

Lisan listete auf:

"Es ist eine andere Sache, wenn Sie Pokrowsk haben: Sie laden Rohstoffe ein, fahren etwa 150 Kilometer und sind schon im Gebiet Dnjepropetrowsk oder in Saporischstal. Die Umschlagzeit der Waggons ist die kürzeste. Und schließlich bezweifle ich sehr, dass die ukrainischen Metallurgen es sich leisten können, von importiertem Koks zu leben. Sie haben ohnehin schon genug Probleme: Stromausfälle, Personalmangel, Mangel an Ferrolegierungen."

Mit anderen Worten: Der Verlust von Pokrowsk bedeutet für die Ukraine, dass es "keinen Koks mehr gibt", sagt der Wirtschaftswissenschaftler. Der Sprecher meint:

"Man kann davon ausgehen, dass dieselbe 'ArcelorMittal Kriwoi Rog' (Kryworischstal) einige Jahre lang mit einer Auslastung von 25 Prozent arbeiten kann, obwohl es für 50 Prozent geplant war. Und jeder Manager stellt sich die Frage: Warum sollte man ein Werk,

das keine Perspektiven hat, nicht schließen? Es ist billiger, es zu schließen. 'Achmetows Metinvest' zum Beispiel macht keine solchen Verluste mehr."

Lisan schloss mit einem Vergleich: Wenn die ukrainischen Metallurgen vor der Sonderoperation führend bei den Deviseneinnahmen des Landes waren, dann wird die Ukraine mit dem Verlust von Pokrowsk einfach ihre Metallurgie als solche verlieren. Zu Sowjetzeiten wurden in der Ukrainischen SSR etwa 50 Millionen Tonnen Stahl geschmolzen, 2013 waren es etwa 29 Millionen Tonnen, 2021 sanken die Zahlen auf 20 bis 22 Millionen Tonnen, im letzten Jahr auf etwas mehr als sechs Millionen Tonnen.

Lisan fasst zusammen:

"Der Staat beschäftigt sich auch nicht mit dem Walzen von Metall – Asow-Stahl war zum Beispiel das einzige Unternehmen, das Schienen herstellte. Mit der Einnahme von Pokrowsk fügen wir dem Feind also maximalen wirtschaftlichen Schaden zu."

Allerdings ist es unmöglich, Pokrowsk und Ugledar schnell zu befreien; auch das sollte man berücksichtigen und sich keine Illusionen machen, fügt der Militäranalyst Michail Onufrijenko hinzu:

"Wenn wir über Ugledar sprechen, so liegt die Stadt auf der vorherrschenden Höhe, es gibt dort eine relativ dichte Hochhausbebauung. Und in den letzten Jahren ist es dem Feind gelungen, dort ernsthaft Fuß zu fassen. Außerdem wird diese Siedlung von Nordosten her von der Mine Süd-Donbass verdeckt."

Der Experte sagt:

"Da es nicht möglich ist, Ugledar frontal einzunehmen, versuchen wir, es von Nordosten entlang der Route von Konstantinowka und von Süden her einzukesseln. Was Pokrowsk betrifft, so haben wir noch nicht einmal begonnen, es zu stürmen. Aber diese Stadt ist der wichtigste logistische Knotenpunkt des Feindes mit einer Vielzahl von Eisenbahnlinien und Autobahnen. Die Streitkräfte der Ukraine werden verzweifelt um sie kämpfen."

Zugleich würde die Einnahme von Pokrowsk dem russischen Militär den Weg in das Gebiet Dnjepropetrowsk öffnen. Onufrijenko schloss:

"Wenn wir westlich von Pokrowsk herauskommen, verlassen wir den Ballungsraum Donezk und befreien unsere Territorien. Hier wird die Abfolge der dichten Bebauung unterbrochen. Im weiteren Verlauf wird die Straße hauptsächlich aus Steppen bestehen. Und unter diesen Bedingungen wird der Feind eine Art Verteidigungslinie von Grund auf aufbauen müssen."

Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei WSGLJAD.

Aljona Sadoroschnaja ist eine russische Journalistin.

Jewgeni Posdnjakow ist ein russischer Journalist, Fernseh- und Radiomoderator.

* * *

Fehler des ukrainischen Außenministers verschärft Hass der Polen auf ihre Nachbarn

<https://freedert.online/europa/217545-fehler-des-ukrainischen-aussenministers-verschaerft-hass-der->

[polen/](#)

31.08.2024

Der ukrainische Außenminister hat einen weiteren Skandal ausgelöst. Einige revisionistische Äußerungen von Dmitri Kuleba haben in Warschau Wut ausgelöst. Daraufhin warnten Polens Behörden, dass die Ukraine der EU nicht beitreten werde, ohne ihre Ansichten über die Vergangenheit zu revidieren.

Von Andrei Restschikow

Die Aufklärung des Massakers von Wolhynien sei eine der Bedingungen für den Beitritt der Ukraine zur EU. "Das müssen die Ukrainer trotz unseres Respekts und unserer Unterstützung für ihre Kriegsanstrengungen begreifen. Solange die Ukraine nicht beginnt, die Standards der politischen und historischen Kultur zu respektieren, wird sie nicht Teil der europäischen Familie werden", erklärte der polnische Ministerpräsident Donald Tusk.

"Ich bin der Letzte, der die Ukrainer heute zurechtweisen wird. Aber ich werde unseren ukrainischen Freunden mit zunehmender Hartnäckigkeit vermitteln, dass es in ihrem Interesse ist, die polnisch-ukrainischen Beziehungen auf der Grundlage der Wahrheit zu regeln", wird Tusk vom Portal *Onet* zitiert. Der polnische Regierungschef kritisierte auch den ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba, dessen jüngste Äußerungen in Polen für einen handfesten Skandal gesorgt hatten.

Kuleba hatte versprochen, dass die Ukraine Polen nicht daran hindern wird, die Opfer des Massakers von Wolhynien zu exhumieren, aber die Polen gebeten, das Andenken der Ukrainer zu ehren, die während der Aktion Weichsel im April 1947 gelitten haben, als sie aus dem Südosten Polens in den Norden und Westen des Landes umgesiedelt wurden.

Außerdem bezeichnete der ukrainische Chefdiplomat die südöstlichen Gebiete Polens als "ukrainisch", womit die Polen jedoch nicht einverstanden waren. Dies führte zu wütenden Kommentaren von Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz (Tusk sprach ihm seine Unterstützung aus) und anderen Politikern. Sie waren empört über Kulebas Entscheidung, die Aktion Weichsel mit einem Völkermord im Rahmen des Wolhynien-Massakers gleichzusetzen.

Im Jahr 1943 massakrierten Angehörige der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) brutal zwischen 50.000 und 60.000 Polen in Wolhynien und anderen Regionen. Einige Jahre später siedelte die polnische Armee im Rahmen der Aktion Weichsel 137.000 Ukrainer um, die von Warschau als Basis für die soziale und wirtschaftliche Mobilisierung im Interesse der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der UPA angesehen wurden.

Gleichzeitig bezeichneten einige Nationalisten, die in die Vereinigten Staaten und nach Kanada geflohen waren, diese Ereignisse als "Deportation von Ukrainern aus ethnisch ukrainischen Gebieten durch das kommunistische Regime Polens", woraufhin die UPA aufhörte, als organisierte Kraft in Polen zu existieren. Moskau verhinderte dies nicht, da es selbst mit ähnlichen Aufgaben in der Westukraine beschäftigt war.

Darüber hinaus war die Aktion Weichsel ein Echo des umfangreichen Bevölkerungsaustauschs zwischen Polen und Sowjetrußland: Russen, Ukrainer, Weißrussen, Litauer und Ruthenen (etwa 1,8 Millionen Menschen) reisten in die UdSSR, in die Gegenrichtung reisten Polen und Juden (etwa 530.000 Menschen). Diejenigen Ukrainer, die sich weigerten, in die UdSSR zu gehen, wurden zur Zielgruppe der Aktion Weichsel.

"Während der Aktion wurden etwa 1.500 Personen liquidiert und etwa die gleiche Anzahl gefangen

genommen. Etwa 2.000 wurden wegen des Verdachts verhaftet, dem Untergrund der Organisation Ukrainischer Nationalisten anzugehören. Und fast 140.000 Ukrainer wurden deportiert", zitierte RT den Historiker Alexander Djukow.

Gleichzeitig versuchte das ukrainische Außenministerium am Freitag, die Äußerungen Kulebas zu rechtfertigen. Es erklärte, der Minister habe in seiner Aussage über Polens "ukrainische Gebiete" keine territorialen Ansprüche gegenüber dem Nachbarstaat geäußert. Allerdings wurde in dem Kommentar nicht versucht, die Gleichsetzung der Aktion Weichsel mit dem Massaker von Wolhynien zu relativieren.

"Kuleba gab diese Erklärung ab, während er dem polnischen Außenminister Radosław Sikorski – einem der Lakaien von Tusk – gegenüber saß, was seinen Kollegen in eine unangenehme Lage brachte. Kuleba dachte überhaupt nicht darüber nach, was er sagte, als er Parallelen zwischen dem Massaker von Wolhynien und der Aktion Weichsel zog", meint der politische Analyst Wladimir Kornilow.

Was die polnischen Behörden jedoch am meisten erzürnte, waren Kulebas Worte, dass die genannten Gebiete "ukrainisch" seien. "Dies löste einen schweren Skandal aus. Die Polen konnten ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit nicht anders, als darauf zu reagieren. Deshalb gibt es jetzt Forderungen, diplomatische Schritte zu unternehmen und Kuleba zur Persona non grata zu erklären. Einige polnische Massenmedien bezeichnen den ukrainischen Minister ganz offen als 'dumm'", so Kornilow weiter.

Der polnische Politologe Stanisław Stremidłowski zeigte sich seinerseits nicht überrascht von Tusks Reaktion auf Kulebas Äußerungen. Seiner Meinung nach hat die frühere Regierungspartei PiS viel politisches Kapital in die Unterstützung der Ukraine investiert. "Ja, und Präsident Andrzej Duda tut immer noch so, als ob wir das Jahr 2021 hätten und das ukrainische Regime stärker denn je sei. Die PiS hat alles dafür getan, dass die Unterstützung Warschaws unerschütterlich ist. Tusks Bürgerplattform hingegen hat sich sehr eigenwillig verhalten und die Ukraine nur zögerlich unterstützt", erklärt er.

Nach ihrem Wahlsieg im vergangenen Herbst begannen Tusk und seine Mitstreiter, "hart durchzugreifen". Ein Beispiel dafür war die monatelange Straßenblockade, die die Einfuhr ukrainischer Agrarprodukte in das Land verhinderte. Stremidłowski erinnert auch an die schwierigen Beziehungen zwischen Polen und Ukrainern im Laufe der Jahrhunderte.

"Zu Zeiten des Staatsverbandes Polen-Litauen wurden Ukrainer nicht als Menschen angesehen. Heute ist das natürlich nicht mehr der Fall: Ukrainer können nicht mehr ungestraft entführt und gehängt werden, wie es vor dreihundert Jahren der Fall war. Aber polnische Politiker betrachten ihre ukrainischen Kollegen nicht als gleichwertig mit sich selbst. Tusks Worte, dass die Ukraine ohne die Zustimmung Warschaws nicht der EU beitreten wird, kann man mit 'Kennt euren Platz' übersetzen", betont der polnische Analyst. Auch Kornilow stimmt dieser Einschätzung teilweise zu: "Polnische Politiker glauben, dass die Ukrainer Warschau die Tatsache zu verdanken haben, dass die Ukraine noch existiert. In ihrem Verständnis besteht die Aufgabe der Ukrainer darin, eine Grenze an der polnischen Grenze zu sein. Sie glauben fromm, dass junge, gesunde Männer kämpfen und Frauen und ältere Menschen dem neuen polnischen Adel dienen sollten."

Die Haltung der polnischen Eliten steht auch im Einklang mit dem Verhalten der einfachen Polen. Laut den Erzählungen von Ukrainern, die in Polen gelandet sind, sehen diese sich im Alltag oft mit Hass konfrontiert. Und während die ukrainischen Bürger der älteren Generation sich darüber ärgern, nehmen die jungen Leute das Geschehen als Normalität wahr.

"Die ältere Generation hat die UdSSR mitbekommen, als Polen ein sozialistisches Land war. Damals wurde allen gesagt, dass wir Brüder sind. Es gab internationale Freundschaftsclubs, Schulkinder schrieben einander Briefe. Der polnische Film 'Vier Panzersoldaten und ein Hund' wurde zu einer Hymne auf die Freundschaft zwischen den Völkern", erinnert sich Larissa Schesler, Vorsitzende der Union der politischen Emigranten und politischen Gefangenen der Ukraine.

Aber nach 1991 "kamen alle historischen Anschuldigungen der Polen gegen die Stepan-Bandera-Anhänger und das Wolhynien-Massaker an die Oberfläche". "Junge Leute sind nicht sonderlich überrascht von der Tatsache, dass die Polen den ukrainischen Flüchtlingen im Alltag mit Hass begegnen. Jeder versteht sehr gut, dass der Nationalheld der heutigen Ukraine Bandera in Polen als Verbrecher gilt", sagt die Expertin.

Die mangelnde Bereitschaft, den Ukrainern gleiche Bürgerrechte zu gewähren, spiegelt sich auch in den Migrationsstatistiken wider: Polen hat mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen, aber weniger als 10.000 von ihnen haben Pässe erhalten. Gleichzeitig sagen die polnischen Behörden ganz offen, dass ihr Arbeitsmarkt noch mehr Arbeitskräfte aus der Ukraine braucht.

"Polen nimmt jedoch im Kampf gegen den Banderismus eine schwache und widersprüchliche Position ein. Einerseits gibt es in der polnischen Presse immer mehr Informationen darüber, wie man den lokalen Banderismus bekämpfen kann. Aber angesichts der politischen Lage erkennen die Polen, dass sie die aktuelle Bandera-Ideologie in der Ukraine im Kampf gegen Russland nutzen müssen", verdeutlicht Kornilow.

Ihm zufolge haben die Reibereien zwischen Ukrainern und Polen schließlich bereits dazu geführt, dass in den letzten anderthalb Jahren "die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge in Polen zurückgegangen ist, insbesondere nach Erklärungen, dass ukrainische Männer in die Ukraine zurückgeschickt werden sollten". Offiziellen Zahlen zufolge versuchen nun immer mehr Ukrainer, aus Polen nach Deutschland zu ziehen.

Stremidłowski ist jedoch der Meinung, dass es in Polen bisher keinen totalen Hass auf Ukrainer gibt: "Ja, es gibt Vorurteile. Aber wenn die Ukrainer die Polen nicht mit ihrem Konsumverhalten provozieren und aufhören, schmerzhaft historische Themen anzusprechen, ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass ein Pole unhöflich reagiert."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 31. August 2024 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

"Der letzte Fehler": Wachsende Kritik an Kiews Oberbefehlshaber Syrski

<https://freedert.online/international/217423-letzte-fehler-syrskis-plaene-in/>

31.08.2024

Vor dem Hintergrund des Einfalls des ukrainischen Militärs im Gebiet Kursk hat sich die russische Offensive im Donbass nicht nur nicht verlangsamt, sondern sogar an Fahrt aufgenommen. Sowohl die Ukraine als auch der Westen rätseln über die merkwürdigen Entscheidungen des Kiewer Kommandos.

Von Sachar Andrejew

Neun Monate binnen einer Woche

"Eine der häufigsten Deutungen der ukrainischen Strategie im Gebiet Kursk besteht darin, dass die Invasion russische Regimenter aus dem Osten auf sich ziehen und den Druck auf Pokrowsk vermindern sollte. Wenn dem so ist, so ist dieser Plan gescheitert", schreibt der Militärexperte der Zeitschrift *Forbes* David Axe.

Analytiker erklären: Pokrowsk, wie der ukrainische Name der Stadt Krasnoarmeisk lautet, hat eine strategische Bedeutung für die Donezker Front. Die Stadt, in der vor dem Konflikt 60.000 Menschen lebten, ist ein bedeutender Transportknoten. Sollten Russlands Streitkräfte sie unter Kontrolle bringen, wird es für das ukrainische Militär extrem schwierig werden, die Verteidigungslinie in der Region zu halten, und zwar sowohl im Norden als auch im Süden. Darüber hinaus gibt es in Kiew Sorgen, dass nach einem Verlust von Pokrowsk der Weg nach Dnjepropetrowsk und Saporoschje geöffnet wird.

Trotz alledem erwies sich die Verteidigung bei Pokrowsk als erstaunlich schwach. Ukrainische Beobachter sprechen von einer "operativen Krise".

"In wenigen Wochen hat der Feind faktisch eine Entfernung zurückgelegt, für die er manchmal neun Monate gebraucht hatte", klagt der ehemalige Berater des ukrainischen Innenministeriums Wiktor Andrussiw auf seinem Blog.

Fast jede Woche wird Russlands Flagge über einem weiteren Ort an diesem Frontabschnitt gehisst. Und nach dem Einfall des ukrainischen Militärs im Gebiet Kursk wurde das Vormarschtempo auf Pokrowsk nicht nur nicht langsamer, sondern sogar schneller.

"Nur das Summen von Insekten"

Das größte Problem des ukrainischen Militärs ist der Personalmangel. Die Rada-Abgeordnete Marjana Besuglaja hat vor einer Woche die Stadt Selidowo besucht, wo bereits gekämpft wird.

"Ich stieg am Stadtrand, in Richtung Nowogrodowka aus, und sah dort Befestigungen. In der Stadt gab es nichts, eine gewöhnliche zivile Siedlung. Ich stieg in die Schützengräben hinab, niemand bewachte sie, niemand war da. Und hinter dem Feld waren schon die Russen", erzählt sie.

Besuglaja berichtet weiter, dass sie "weder auf eine Mine getreten" sei, "noch Kämpfer der Territorialverteidigung getroffen" habe: "Die einzigen Lebewesen in den sonst recht guten Befestigungen waren einzelne Insekten."

Andrussiw äußert sich gleichermaßen: Befestigungen gebe es, Verteidiger dafür nicht. "Der Personalmangel ist so heftig, dass Drohnenpiloten die Schützengräben halten müssen", entrüstet er sich. Darüber hinaus leide die ukrainische Armee nach seinen Angaben unter einem gravierenden Munitionsmangel.

Dem Militärexperten Axe zufolge wurden die Reservebrigaden, die den Truppenverband bei Pokrowsk stärken könnten, ins Gebiet Kursk geschickt.

"Etwa sechs Brigaden, die Pokrowsk verteidigen, sind den Russen etwa doppelt zahlenmäßig unterlegen. Ohne Hilfe wird ihnen keine andere Wahl bleiben, als die Stadt aufzugeben, und zwar sehr bald", führt der Forbes-Autor aus.

"Operative Krise, und es passiert nichts"

Das zweite Problem, das Andrussiw anspricht, ist die Truppenführung. Er verweist darauf, dass den Verlusten am Frontabschnitt Pokrowsk eine Reihe von aufsehenerregenden öffentlichen Konflikten vorausging. Ukrainische Nationalisten werfen den Kommandeuren der alten sowjetischen Schule militärische Misserfolge vor und fordern, dass sie jüngeren Offizieren den Weg freimachen sollen. Inzwischen gibt es aber so viele Misserfolge, dass keine Personalumstellungen helfen werden.

"Zu Beginn des Frühlings wurden kampferfahrene Brigadekommandeure wegen eines verlorenen Dorfes abgesetzt. Inzwischen gibt es eine operative Krise und es passiert nichts", erklärt der ehemalige Berater.

Besuglaja sieht die Verantwortung beim Oberkommando, das unerklärliche Rotationen durchgeführt habe. Nach ihren Angaben haben Russlands Streitkräfte die ehemals 20.000 Bewohner zählende Stadt Nowogrodowka deswegen in wenigen Tagen eingenommen, weil die Schützengräben vor der Stadt leer waren.

"Die 31. Brigade wurde wegverlegt und ihr Kommandeur, für den sich das Kollektiv einsetzte, wurde entlassen und einem Strafverfahren unterzogen. Stattdessen wurde eine unerfahrene Einheit hierher geschickt", sagt sie. Ähnliche Rotationen werden in Torezk, Pokrowsk und Ugledar vorbereitet, fügt sie hinzu.

"Genialer General oder Schlächter"

Der ungewöhnlich schnelle Vormarsch der russischen Truppen auf Pokrowsk hat zu Gerüchten über einen "schlauhen Plan" des Oberbefehlshabers des ukrainischen Militärs Alexandr Syrski geführt. Andrussiw deutet die Möglichkeit eines "bestimmten Vorhabens" an. Demnach drohe die Überdehnung von Kommunikationswegen den Angreifern mit einem unerwarteten Schlag.

Besuglaja meint indessen, dass Syrski den Krieg "auf das Niveau von Manövern des Zweiten Weltkriegs" bringe, bei denen Einnahmen oder Verluste ganzer Regionen aufs Spiel gesetzt werden.

"Doch was ist der Preis und was sind die Perspektiven? Ich bin mir sicher, dass auch er keine klaren Antworten hat. Er setzt auf alles oder nichts", vermutet sie.

Auch im Westen versucht man, das Geheimnis der merkwürdigen Entscheidungen des ukrainischen Kommandos – quasi die Flucht aus dem Donbass und der Einfall ins Gebiet Kursk – zu entschlüsseln.

"Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die Operation Kursk zu einem genialen Schritt, der die Wende bringt, oder zum letzten schrecklichen Fehler wird", schlussfolgert der Autor der britischen Zeitung *The Telegraph*. Der Ausgang des Konflikts werde bestimmen, ob Alexandr Syrski als "genialer General oder brutaler Schlächter" in die Geschichte eingehe.

Mindestens eine wichtige Konsequenz haben Syrskis Aktionen aber jetzt schon. Wie Russlands Außenminister Sergei Lawrow am 29. August erklärte, haben "nach dem Abenteuer im Gebiet Kursk" sämtliche Überlegungen über Verhandlungen mit Kiew ihre Aktualität verloren.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen bei RIA Nowosti am 30. August 2024.

* * *

Meinung

London wird noch für Sewastopol büßen: Putins Schlag gegen Großbritannien ist nicht zu verhindern

<https://freedert.online/meinung/217318-london-wird-noch-fuer-sewastopol-buessen/>

30.08.2024

Es ist nicht nur Paranoia (sie ist es auch), die den britischen Ex-Verteidigungsminister Ben Wallace dazu bewogen hat, seine Landsleute vor "Putins Rache" für die franko-britische Belagerung Sewastopols im 19. Jahrhundert zu warnen. Die britische Katze weiß bestens, wer jahrhundertlang sein "Geschäft" in Moskaus Hausschuhen erledigt.

Von Pjotr Akopow

"Merkt euch: Putin will sich an uns rächen. Wir müssen auf das Unvermeidliche vorbereitet sein."

So endet ein Artikel des ehemaligen britischen Verteidigungsministers und gescheiterten NATO-Generalsekretärs Ben Wallace.

Welches "Unvermeidliche" meint Wallace? Die Überschrift des Artikels des pensionierten Ministers in *The Telegraph* lautet:

"Putin wird seine Kriegsmaschinerie bald gegen Großbritannien richten."

Nimmt man nur die Überschrift und den letzten Absatz, könnte man meinen, es handele sich um das übliche Beispiel für russophobe Propaganda und Hysterie: Die Russen werden in der Ukraine nicht Halt machen, sie werden das Baltikum, Polen und Rumänien angreifen, und dann werden sie auf Berlin marschieren. All dies hören wir seit langem aus dem Munde von Transatlantikern (auch hochrangigen) und Kiewer Führern. Nun muss sich also auch Großbritannien auf die russische Bedrohung vorbereiten, alles klar.

Ganz anders das Pathos von Ben Wallace, der sich sicher ist, dass Russland sich an Großbritannien nicht für die Lieferung von Raketen an die Ukraine, sondern für den Krimkrieg (1853–1856) rächen wird:

"Die Leute an der Spitze Russlands schreiben die Geschichte neu, korrigieren die am Ende des Kalten Krieges erlittene Demütigung und begleichen Rechnungen, die Jahrhunderte zurückliegen. Während Russland sich meisterhaft selbst demütigt, müssen wir erkennen, dass in Putins Version die Wurzel all seiner Probleme nicht einmal die USA sind, sondern Großbritannien."

Weiter lesen wir:

"In Putins verdrehter Weltsicht waren wir es, die den Krimkrieg angezettelt haben, der für die Zaren mit einer Niederlage endete, wir waren es, die den Aufstieg Hitlers choreografiert haben, wir waren es, die die Konterrevolution unterstützt haben, und es war unsere Spionage, die die Sowjetunion zu Fall brachte. Putin hat Großbritannien im Fadenkreuz."

So sieht es also aus... Es stellt sich heraus, dass Putin wie der Bruder von Danila Bagrow mit seinem "Ihr Bastarde werdet noch für Sewastopol büßen!" ist, nur dass er sich nicht an Westukrainer, sondern an die Briten wendet, und mit "für Sewastopol büßen" sich auf dessen franko-britische Belagerung im Jahr 1855 bezieht?

Doch leider ist der sensible Ex-Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs der einzige, der diese Drohung hört, und sich darum beeilt, seine Landsleute zu warnen. Er weist sie auf "Putins wahre Motivation" hin, die nur er durchschaut hat. Andernfalls werde es Ärger geben – für Großbritannien.

Es ist nicht das erste Mal, dass Wallace, Hauptmann der Scots Guards a.D., an den Krimkrieg des 19. Jahrhunderts erinnert: Am Tag vor dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine sagte er, dass die Scots Guards "Zar Nikolaus in den Hintern getreten haben und es wieder tun können". Der Krimkrieg ist in der Tat das einzige Beispiel für eine direkte englische Aggression gegen Russland, das einzige Mal überhaupt, dass Russland und England in einem offenen Krieg gegeneinander kämpften, aber unsere historischen Erfahrungen mit dem "nebligen Albion" erschöpfen sich bei weitem nicht darin und auch nicht in den Dingen, die Wallace sonst aufgezählt hat.

Da steht noch die Ermordung von Kaiser Paul I. auf der historischen Rechnung, im Hintergrund konspirierte London, um sein Bündnis mit Napoleon gegen England zu verhindern. Und auch bei der Ermordung von Grigorij Rasputin hatte London seine Finger im Spiel. Getötet wurde der bei der Zarin gern gesehene Rasputin, um Russland von einem mythischen Separatfrieden mit Deutschland abzuhalten, in Wirklichkeit ebnete der feige Mord den Weg zur Katastrophe vom Februar 1917. Erinnert sei zudem an die von London ausgespielte Kombination, um Deutschland und Russland im Ersten Weltkrieg gegeneinander aufzuhetzen. Die Zahl der offenen Rechnungen ist groß und unser Gedächtnis ist gut.

Die Rechnungen richten sich nicht bloß an Großbritannien als solches, sondern an das historische und das heutige Großbritannien.

Sie richten sich an die angelsächsische Elite und Finanzoligarchie, an die Kräfte, die London zur Finanzhauptstadt der Welt gemacht haben und das Vereinigte Königreich zum ersten Modell und Prototyp eines globalen militärischen Finanz- und Handelsimperiums. Für diese Kräfte war Russland schon immer ein Todfeind und eine Bedrohung. Nicht, weil wir es zerstören wollten (nicht einmal in den Jahren der Sowjetunion stand das jemals auf der Tagesordnung), sondern schlicht, weil es uns gibt. Weil wir einen Schlüsselplatz in Eurasien besetzen, ein Gebiet, ohne dessen Kontrolle es unmöglich ist, ein globales Imperium aufzubauen.

Die russischen Kosaken wollten nicht nach Indien ziehen, hätten es aber theoretisch tun können. Diese theoretische Möglichkeit reichte den Briten, um sich an der Ermordung unseres Kaisers zu beteiligen. Russland bedrohte die britischen Kolonien nicht, beanspruchte sie nicht, strebte nicht danach, seinen Einfluss dahin auszudehnen, hätte sich aber theoretisch aus dem Krieg gegen Deutschland zurückziehen können, den Großbritannien brauchte, um die deutschen Ambitionen einzudämmen. Und das reichte den Strippenziehern in London, um das Komplott gegen den Zaren im Februar 1917 zu unterstützen.

Großbritannien hat sich immer für berechtigt gehalten, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen, und ist dabei nie zimperlich gewesen. Weder beim Schüren des Gebirgsseparatismus während des Kaukasuskriegs im 19. Jahrhundert noch bei der Unterstützung der Ukraine im aktuellen Konflikt. Die britische und die amerikanische Elite – letztere ist Blut vom Blut und Fleisch vom Fleisch der ersten – hat Russland immer eher als Objekt denn als Subjekt betrachtet. In

den postsowjetischen Jahren ist der Glaube in die fehlende Subjektivität Russlands absolut geworden. Die Transatlantiker haben sich auf die geopolitische Loslösung der Ukraine von Russland, also die tatsächliche Zerstückelung der russischen Zivilisation, eingeschworen.

Ist sich Putin dessen bewusst? Natürlich. Wird er einen militärischen Vergeltungsschlag gegen Großbritannien befehlen? Nein. Denn das Zentrum der Entscheidungsfindung ist jetzt über die gesamte westliche Welt verstreut, auf beiden Seiten des Atlantiks, mit Schwerpunkt an dessen westlichen Ufern.

Russland wird sich an der gesamten angelsächsischen Elite rächen: Zunächst, indem es ihre Angriffe abwehrt, sich ihnen entgegenstellt und seine zivilisatorische Einheit wiederherstellt. Und dann wird es seine Anstrengungen verdoppeln, um eine neue Weltordnung aufzubauen, womit es das gesamte angelsächsische globalistische Projekt zerschlägt. Die Trümmer dieses Projekts werden dann nicht nur Großbritannien, sondern auch die Vereinigten Staaten unter sich begraben.

Da kann Hauptmann Ben Wallace seine Landsleute noch so sehr warnen, dass Putin sie im Fadenkreuz hat, den russischen Schlag kann er trotzdem nicht verhindern. Denn dieser wird nicht aus der Luft oder von See kommen, sondern aus der geballten Energie der Unzufriedenheit mit den Angelsachsen in allen Ecken der Welt. Unser eigener Beitrag zu diesem Vergeltungsschlag wird bedeutend sein, aber sicher nicht exzessiv angesichts dessen, was die Briten uns in den vergangenen Jahrhunderten angetan haben.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Originalartikel ist am 29. August 2024 auf ria.ru erschienen.

* * *

Wie und wann werden die ukrainischen Streitkräfte aus dem Gebiet Kursk zurückgedrängt?

<https://freedert.online/meinung/217422-wie-und-wann-werden-die-ukrainischen-streitkraefte-aus-kursk-zurueckgedraengt/>

30.08.2024

In den letzten 48 Stunden nahm die militärische Aktivität der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet Kursk deutlich ab. Dennoch gibt der Gegner seine Versuche nicht auf, in einigen Gegenden vorzudringen, in denen noch die Möglichkeit einer Siedlungseroberung besteht. Es ist bereits klar, dass die strategischen Ziele dieser Aktion von der Ukraine nicht erreicht werden können. Doch was ist in dieser Richtung als Nächstes zu erwarten?

Von Jewgeni Krutikow

Im Gebiet Kursk ist die Situation stärker als in einigen anderen Teilen der Kampflinie "vom Krieg vernebelt".

Das liegt vor allem daran, dass die Intervention der ukrainischen Streitkräfte für Kiew ursprünglich eine propagandistische Bedeutung hatte und zum Nachteil einer realen militärischen Planung konzipiert wurde. Der Gegner brauchte ein "Bild", um dem Westen die "Anfälligkeit Russlands" und die "Ungefährlichkeit der roten Linien" vor Augen zu führen, aber im Detail ist dieses "Bild" einfach eine Schöpfung der ukrainischen Phantasie und keine Reportage, die die tatsächliche Sachlage wiedergibt.

Andererseits ist es unklug, fast alle Informationen über für Ukrainer unbekanntere Orte preiszugeben, und aus Gründen der Informationshygiene wird über den Verlauf der Kampfhandlungen im Gebiet

Kursk nur sehr sparsam berichtet. Einige Zwischenergebnisse lassen sich jedoch bereits zusammenfassen.

Mit dieser Militäroperation erzielten die ukrainischen Streitkräfte nur einen kurzfristigen taktischen Erfolg. Tatsächlich handelte es sich um einen Angriff mobiler Gruppen, die jedoch sehr zahlreich und gut ausgerüstet waren: Zählt man die Unterstützungseinheiten hinzu, waren es bis zu 30.000 Personen.

Das Ziel war ein maximaler Vorstoß tief in russisches Gebiet, und es wäre reine Spekulation, von einem bestimmten Maximum eines solchen Vormarsches zu sprechen. Vorläufige Analysen deuten auf das AKW Kursk sowie auf die geplante Eroberung mehrerer historischer Bezirkszentren (Rylsk, Lgow) hin.

Dies ist jedoch nicht mehr so wichtig, da die aktuelle Sachlage die ukrainischen Streitkräfte dazu zwingt, sich einzugraben und zur Verteidigung dessen überzugehen, was im Gebiet Kursk erobert wurde. Nicht umsonst wurde so viel technische und andere Spezialausrüstung dorthin gebracht.

"Das Offensivpotenzial der Militärgruppierung ist praktisch erschöpft, die einzige Kommunikationsmöglichkeit für die Versorgung mit Verstärkungen (die Strecke Sumy-Kursk) wird von den russischen Streitkräften durchschossen."

Der Karte zufolge stellt das ukrainische Eindringen in russisches Territorium einen langgestreckten Abschnitt dar, der aufgrund des Geländeverlaufs auch für Gegenangriffe an den Flanken anfällig ist. Nichtsdestotrotz setzt die Gruppierung aus Trägheit ihre Überfälle in Richtung Korenew und in der Gegend von Sudscha fort.

Ein weiteres angebliches Ziel dieser Operation bestand für die Ukraine darin, russische Militäreinheiten anzulocken, um die Lage an anderen Frontabschnitten vorübergehend zu entspannen. Zwar verlegten die russischen Streitkräfte tatsächlich genügend Einheiten in das Gebiet Kursk, um den Angriff abzuwehren, doch hatte dies nicht die von den Ukrainern gewünschte Wirkung: Die russischen Streitkräfte setzten ihre erfolgreichen Offensivaktionen in den Richtungen Pokrowsk, Torezk, Süddonezk, Kupjansk und sogar in Tschassow Jar fort.

Zum 29. August stellte sich die Lage für die ukrainischen Streitkräfte auf einem großen Frontabschnitt kritisch dar, bis hin zum drohenden Zusammenbruch. In Richtung Pokrowsk wurde die Verteidigung der ukrainischen Streitkräfte bereits zerstört, und der Gegner leistet in Selidow, Mirnograd (Dimitrow) und in den Außenbezirken von Pokrowsk (Krasnoarmejsk) praktisch keinen Widerstand.

Die Verteidigung der verbliebenen Teile der Agglomeration Torezk hängt an einem seidenen Faden. Nach der Besetzung von Konstantinowka (ländliches Gebiet) vor zwei Tagen besteht die Gefahr einer Einschließung der Gruppierungen in Ugledar und der Befreiung von Kurachowka.

Es geht bereits um das baldige Erreichen einer neuen Frontlinie Pokrowsk – Selidowo – Kurachowo – Ugledar durch die russischen Streitkräfte (in ein paar Wochen).

"Die ukrainischen Streitkräfte werden in der Agglomeration Kramatorsk-Slawjansk mit dem unvermeidlichen Verlust von Tschassow Jar in die Enge getrieben."

Überraschend schnell erfolgte am 29. August die Befreiung von Sinkowka – im Grunde ein Vorort von Kupjansk –, um den seit mehr als einem Jahr gekämpft worden war. Dies ist eine direkte Folge der Verlegung kampfbereiter Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ins Gebiet Kursk. Das heißt,

die Ukrainer tappten selbst in die Falle, die sie der russischen Armee gestellt hatten.

Für die ukrainischen Streitkräfte ist es eigentlich an der Zeit, das Kursk-Abenteuer abzubrechen und sich in klarer definierte Verteidigungspositionen zu begeben. Doch dies ist aus politischer und propagandistischer Sicht für Kiew absolut inakzeptabel.

Wladimir Selenskij und seine Entourage sind zu jedem irrationalen Schritt bereit, bis hin zur Aufrechterhaltung des Drucks auf das AKW Kursk, wenn sie den gewünschten Medieneffekt erzielen. Und Alexander Syrski gehört nicht zu der Sorte von Kommandeuren, die politische Entscheidungen aus militärischer Zweckmäßigkeit heraus in Frage stellen würden.

Folglich wird der Gegner am eroberten Gebiet festhalten, die dorthin verlegten Truppengruppen weiter versorgen und trotz seiner großen Verluste bereits im Anmarsch befindliche neue Kräfte ins Gebiet Kursk verlegen.

Dies führt zum "Krynki-Effekt", bei dem das Halten eines aus militärischer Sicht nicht benötigten Dorfes zu einer erheblichen Personalausdünnung der Streitkräfte und zum völligen Verlust der Kampfkraft einer ganzen Truppengattung – des Marinekorps der ukrainischen Streitkräfte – mit sich brachte.

Auch einige andere Militäroperationen, wie eine Reihe von selbstmörderischen Landungsversuchen auf der Kinburn-Nehrung oder die Landung auf der Schlangeninsel, beruhten auf demselben "Medien"-Prinzip.

In Expertenkreisen herrscht die Meinung vor, dass die schrittweise Vernichtung des Gegners in diesem abgegrenzten Territorium eine der denkbaren Strategievarianten der russischen Streitkräfte im Gebiet Kursk für den nächsten Monat ist.

Emotional gesehen ist dies ein komplexes und umstrittenes Thema. Ja, es wäre wünschenswert, die Grenzbewohner durch eine endgültige Befreiung des Gebiets vom Gegner zu schützen – und zwar möglichst schnell, damit der Gegner keine Zeit für die Gewinnung politischer "Boni" aus dieser Militäroperation bekommt. Bislang diente diese Operation für Selenskij vor allem der eigenen PR und für das ukrainische Außenministerium als Motiv, neue Waffen von der NATO zu erhalten.

Nur deshalb verlieren die ukrainischen Streitkräfte einen beträchtlichen Teil ihrer zuvor angesammelten Reserven im Gebiet Kursk. Das passiert, wenn rein militärische Entscheidungen von politischen Entscheidungen abhängig gemacht werden.

Voraussichtlich wird sich die Situation im Gebiet Kursk bald stabilisieren. Danach erfolgen eine Auswertung der Positionen, der Verluste und des Kampfkraftgrades der eingesetzten gegnerischen Militärgruppierung sowie eine zusätzliche Aufklärung über die Lage der Reservebrigaden. Anschließend wird beschlossen, entweder die Reste der ukrainischen Streitkräfte aus dem Gebiet zu verdrängen oder eine andere Form von Gegenmaßnahmen durch die russischen Streitkräfte zu ergreifen.

"Die Hauptoffensive wird sich jedoch in den westlichen, südwestlichen und südlichen Gebieten fortsetzen", was zur Niederlage mehrerer großer Gruppierungen der ukrainischen Streitkräfte, zum Zusammenbruch der Front von Ugledar bis Tschassow Jar und zur Besetzung wichtiger Siedlungszentren und logistischer Knotenpunkte führen wird.

Danach werden die irrationalen "Gegenoffensiven" und "Angriffe" der ukrainischen Streitkräfte in der Richtung, einschließlich der Grenzgebiete, ihren Sinn verlieren.

Es gibt zwar Gerüchte, dass Kiew irgendwo weitere fünf bis zehn neue Brigaden formiert. Niemand hat sie gesehen, aber theoretisch besteht die Gefahr eines weiteren Propagandaschlags. Die gegenwärtigen ukrainischen Machthaber sind in der Lage, irrationale Schritte nur um des Images willen zu unternehmen, daher wäre es unvorsichtig, derartige Gefahren zu unterschätzen.

Um neue "Wunderwaffen" aus dem Westen anzufordern, braucht Kiew ständig sichtbare Beweise dafür, dass die ukrainischen Streitkräfte weiterhin zum Vormarsch fähig sind. Und die neue Angriffsaktion könnte als Gegenmaßnahme durchgeführt werden – in dem Moment, in dem die russischen Streitkräfte die aktive Phase der Verdrängung des Gegners aus dem Gebiet Kursk beginnen.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 29. August 2024 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Eine Nation im Verfall – Der wahre Preis endloser Kriege und Auslandsabenteurer

<https://freedert.online/meinung/217259-nation-im-verfall-wahre-preis/>

01.09.2024

Während wir beobachten, wie die Eliten in Washington zunehmend verzweifelt versuchen, die ausgehöhlte Macht des amerikanischen Imperiums mit militärischen Drohungen und wirtschaftlichen Sanktionen rund um den Globus aufrechtzuerhalten, zerbröckeln im eigenen Land die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur und die Reste des gesellschaftlichen Zusammenhalts immer stärker.

Von Rainer Rupp

Das stetig wachsende Militärbudget

Jahr für Jahr schwillt das US-Militärbudget auf unvorstellbare Höhen an. Allein im Jahr 2023 überstieg der Verteidigungshaushalt 800 Milliarden Dollar, mehr als die Militärausgaben der nächsten zehn Länder zusammen. Dabei sind die tatsächlichen US-Ausgaben für ihren gigantischen Militärapparat noch weitaus größer, denn die Kosten der Nuklearwaffen-Wartung, -Weiterentwicklung, -Modernisierung, -Lagerung und -Sicherung sind in dem 800 Milliarden Dollar-Haushalt des Pentagons nicht enthalten, sondern in dem des Energieministeriums. Und die Kosten etlicher der inzwischen auf die Zahl 17 angeschwollenen Geheimdienste des US-Überwachungs- und Polizeistaats sind ebenfalls nicht in den 800 Milliarden enthalten, wie z.B. die über 50 Milliarden Dollar im Jahr für die CIA. Insgesamt dürften sich daher die US-Ausgaben für seine Militär- und globale Erpressungsmaschinerie auf über 1.000 Milliarden Dollar jährlich belaufen.

Diese enormen Ausgaben werden unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit gerechtfertigt. Doch die Bedrohungen dieser nationalen Sicherheit scheinen zunehmend nebulös und die Vorteile für das Gemeinwesen USA sind schwerer zu erkennen. Leicht zu erkennen sind dagegen die Vorteile, die die Eliten des Rüstungsindustriellen Komplexes, die von ihnen gekauften und bezahlten Politiker sowie Akademiker der Denkfabriken, und nicht zuletzt die Prestituieren in den Meinungsfabriken daraus ziehen.

Ebenfalls klar sind die Opportunitätskosten dieser Prioritätensetzung: Jeder Dollar, der für Krieg

und Waffen ausgegeben wird, ist ein Dollar, der für den Wiederaufbau der bröckelnden Infrastruktur fehlt, die für das tägliche Leben von 340 Millionen Amerikanern unabdingbar ist.

Betrachtet man z.B. den Zustand der Straßen und Brücken des Landes, denn erfährt man laut der American Society of Civil Engineers (ASCE) aus deren neuestem Bericht, dass mehr als 2,6 Billionen (zweitausendsechshundert Milliarden) Dollar über das nächste Jahrzehnt nötig sind, um die Infrastruktur des Landes wieder auf einen guten Zustand zu bringen.

Währenddessen kämpfen die Einwohner des US-Städtchens Flint, im Bundesstaat Michigan, immer noch mit bleiverseuchtem Wasser. Und die Folgen des katastrophalen Unglücks in 2023 beim Städtchen East Palestine in Idaho, bei dem große Mengen giftiger Chemikalien bei der Entgleisung eines Güterzugs freigesetzt wurden, scheinen den Behörden auch egal zu sein. Dabei sind die gesellschaftlichen Ursachen dieser und ähnlicher Katastrophen mit Händen zu greifen.

Jedes Jahr kommt es in den Vereinigten Staaten zu mehr als 1.000 Zugentgleisungen, also im Durchschnitt etwa drei pro Tag. Bereits wenige Tage nach dem Unglück in East Palestine gab es eine weitere Zugentgleisung in Houston (Texas), und eine weitere in Van Buren (Michigan), wobei ebenfalls Chemikalien aus den Kesselwagen freigesetzt wurden. Die enorme Katastrophe in East Palestine sticht jedoch aus dem Durchschnitt hervor, ebenso wie die dabei erkennbare schockierende Skrupellosigkeit, sowohl der Eisenbahngesellschaft als auch der Bundesbehörden.

Diese Infrastruktur-Unglücke und -Katastrophen sind keine Probleme der fernen Zukunft; sie sind Krisen der Gegenwart und erfordern sofortige Aufmerksamkeit und Finanzmittel, die allerdings in endlosen US-Kriegen und Billionen teuren Waffenprojekten verpulvert werden, wie z.B. die angelaufene Rundum-Modernisierung des US-Nuklearwaffenbestandes.

Die menschlichen Kosten falscher Prioritäten

Die menschlichen Kosten dieser Fehlallokation von Ressourcen sind erschütternd. In einem Land, dessen zahlenmäßig große Oberschicht so wohlhabend ist wie die der Vereinigten Staaten, ist es eigentlich unvorstellbar, dass Hunderte Millionen von US-Bürgern ohne grundlegende Unterstützung leben müssen. Das US-Gesundheitssystem zum Beispiel bleibt eines der teuersten und zugleich ineffizientesten der Welt und ist folglich für den Großteil der US-Bürger unerschwinglich. Selbst viele Mittelschicht-Bürger sind unversichert und bei einer ernsten Krankheit kann die Krankenhausrechnung sie das eigene Häuschen kosten.

Verdienen tut bei der Sache vor allem der Pharma- und Gesundheitsindustrielle Komplex (PGK). Laut dem Commonwealth Fund geben die USA prozentual fast doppelt so viel für Gesundheitsversorgung aus wie andere wohlhabende Länder, doch Amerika rangiert in Bezug auf die Gesundheitsergebnisse an letzter Stelle. Ein weiterer Grund dafür ist der Mangel an Investitionen in Präventivmedizin und soziale Dienste, denn mit gesunden Menschen kann der PGK keine Profite machen und folglich gibt es im US-Kongress keine Lobby für Vorsorgemedizin. Die US-Regierung braucht die Finanzmittel ohnehin für die Ukraine und ihre anderen Kriege.

Die sozialen Sicherheitsnetze, die einst eine Lebensader für die Schwächsten im Land darstellten, sind längst zerrissen. Programme wie Social Security, Medicare und Medicaid sind ständig bedroht und werden von Militär-Politikern als nicht gerechtfertigte "Ansprüche" bezeichnet, die gekürzt werden müssen, um den US-Haushalt auszugleichen, bzw. um mehr Platz für Militärausgaben zu schaffen.

Trotz der immer dringlicher werdenden Notwendigkeit, die gigantischen Defizite im US-Bundeshaushalt auszugleichen, die einen staatlichen Verschuldungsgrad am BIP von 127 Prozent

(Italien lässt grüßen) erreicht haben, und obwohl das Defizit derzeit alle 3 Monate um Tausend Milliarden Dollar wächst, gibt es im US-Kongress nur vereinzelt einen Drang, die Rüstungsausgaben zu kürzen. Das Pentagon erhält weiterhin Blankoschecks, während soziale Programme im Namen der fiskalischen Verantwortung gekürzt werden. Dies ist nicht nur ein politisches Versagen; es ist ein moralisches Versagen – ein Verrat an den Bürgern, die die Regierung eigentlich schützen soll.

Wirtschaftspolitik und der Mythos des militärischen Keynesianismus

Befürworter massiver Militärausgaben argumentieren oft, dass diese gut für die Wirtschaft seien, da sie Arbeitsplätze schaffen und technologische Innovationen anregen. Dieser Glaube, verwurzelt im Konzept des militärischen Keynesianismus, geht davon aus, dass staatliche Ausgaben für Verteidigung ein mächtiges Instrument für Wirtschaftswachstum sein können. Doch die Realität ist weitaus komplexer. Während Verteidigungsausgaben Arbeitsplätze schaffen, befinden sich diese oft in Industrien, die nicht denselben Multiplikatoreffekt haben wie Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder Gesundheitsversorgung.

Zudem sind die wirtschaftlichen Vorteile von Militärausgaben auf einige wenige Sektoren und Regionen konzentriert, während weite Teile des Landes unberührt bleiben. Vergleichen Sie dies mit Investitionen in Infrastruktur, die Arbeitsplätze in einer breiten Palette von Industrien schaffen und langfristige Vorteile für die gesamte Wirtschaft bieten. Eine neue Brücke oder Autobahn beschäftigt nicht nur Bauarbeiter, sondern bringt auch Unternehmen und Verbrauchern Vorteile, indem sie Transportkosten senkt und den Zugang zu regionalen Märkten verbessert.

Es gibt auch eine tiefgreifende moralische und ethische Dimension bei diesem Thema. Die US-Kriege in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, in der Ukraine und anderswo haben nicht nur Billionen von Dollar gekostet; sie haben neben Tausenden von US-amerikanischen Menschenleben unter den Bevölkerungen dieser Länder millionenfach tote, verstümmelte Opfer gefordert und zig Millionen von Flüchtlingen produziert. Die Rechtfertigungen für diese Kriege – seien es Massenvernichtungswaffen im Irak, die Verbreitung von Demokratie oder die Bekämpfung des Terrorismus – haben sich immer wieder als Lügen erwiesen. Doch das menschliche Leid, das sie verursacht haben, ist keine Fiktion.

Zugleich steht die Kriegsgeilheit der US-Eliten in ursächlichem Zusammenhang mit der gleichzeitigen Vernachlässigung inländischer staatlicher Pflichten, die eigentlich Priorität haben sollten, nämlich Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnungsbau und Infrastruktur. Durch deren Vernachlässigung wird eine eigene Art von struktureller Gewalt gegen die amerikanische Bevölkerung ausgeübt.

Die Kinder, die überfüllte und unterfinanzierte Schulen besuchen, die Familien, die mit Schulden für ärztliche Behandlungen kämpfen, die Arbeiter, die über gefährliche Brücken und Straßen fahren, sie alle sind Opfer des auf Krieg und Weltherrschaft ausgerichteten "Tiefen Staates". Der repräsentiert die eigentliche, nicht demokratische Macht, der bisher jede US-Regierung als aufführendes Organ diente, egal welche Partei gerade im Weißen Haus eingezogen war. Sie alle stellten daher ausländische Abenteuer über die Bedürfnisse ihrer eigenen Bürger.

Es wäre höchste Zeit zu einem fundamentalen Umdenken, höchste Zeit, das Zeitalter endloser Kriege zu beenden und mit dem Wiederaufbau Amerikas zu beginnen. Aber es wird schwer, wenn nicht sogar unmöglich sein, ohne Revolution an den Graswurzeln die festgefügt Strukturen an der Spitze des US-Staates und die realen Machtverhältnisse zu verändern, die hinter den jeweiligen Regierungen stehen; ähnlich wie in Deutschland.

Bei den bevorstehenden US-Präsidentschaftswahlen kann man davon ausgehen, dass sich unter einer Präsidentin Kamala Harris nichts ändern wird und die Strukturen an der Spitze, wie sie schon unter der Biden-Harris-Administration existierten, fortwirken werden.

Mit Trump im Weißen Haus besteht zumindest eine kleine Hoffnung, dass er wenigsten mit ein paar Elementen des "Tiefen Staates" aufräumen und versuchen wird, den Sumpf an einigen Stellen trocken zu legen. Für diese These spricht die reale Angst, ja sogar die Panik, die derzeit im Tiefen Staat herrscht, der mit allen Mitteln eine zweite Trump-Präsidentschaft verhindern will.

Ob es jedoch einer Trump-Regierung gelingen würde, trotz Trumps diesbezüglicher Beteuerungen, die Bedürfnisse der US-Bevölkerung über die Profite von Rüstungsunternehmen zu stellen, ist fraglich. In der US-Bevölkerung gibt es allerdings zunehmend Anzeichen für eine neue Art von Patriotismus, der im Unterschied zum früheren Hurra-Patriotismus für mehr Militär nun Frieden und den Wiederaufbau des eigenen Landes fordert.

* * *

Deutsche, das habt ihr nicht verdient!

<https://freedert.online/meinung/217696-deutsche-habt-ihr-nicht-verdient/>

04.09.2024

Kürzlich hatten wir Besuch von Freunden. Wir leben in der Nähe Moskaus und sprachen unter anderem über das russische Bild von Deutschland. Für mich als Deutscher mögen die Russen die Deutschen viel zu sehr.

Von Tom J. Wellbrock

Der Sommer hält sich lange und hartnäckig in Moskau. Bei knapp unter 30 Grad saßen wir auf unserer Terrasse und tranken Kaffee und Limonade. Die Gesprächsthemen wechselten, und irgendwann kam die deutsche Russophobie auf den Tisch. Natürlich hat die überwiegende Mehrzahl der Deutschen nichts gegen Russen, im Gegenteil. Auch wenn die veröffentlichte Meinung ein anderes Bild vermitteln will, die herausragende Mehrheit der Deutschen will nicht nur Frieden mit Russland, sondern auch Freundschaft. Dennoch stellt die Russophobie ein zunehmend großes Problem dar.

Es sind ja nicht nur Hardliner wie Roderich Kiesewetter (CDU), die den Russenhass in Deutschland pflegen. Neben weiteren Politikern kommt auch aus den Medien viel Hass gegen Russen. Und als Bodensatz von Politik und Medien schießen unzählige Nutzer und Bots in den sozialen Medien gegen Russen. Das ergibt keine flächendeckende Russophobie, aber ein Maß der Feindseligkeit, das weit über das der letzten Jahre hinausgeht. Durch Verunmenschlichung von Russen, die ein Mittel des Faschismus war und ist, um Hass zu schüren, ergibt sich eine gefährliche Tendenz in Deutschland, die für die nächsten Jahre Schlimmes befürchten lässt.

Und die Russen?

Seit ich in Russland lebe, habe ich immer wieder mit Menschen gesprochen, die in wahre Begeisterung ausbrachen, als sie erfuhren, woher ich komme. Meine ersten Tage in Russland bedeuteten für mich einen Zustand großer Verunsicherung. Da ich aus einem Land komme, das Russland in einem nach dem Zweiten Weltkrieg nie dagewesenem Maße zum Feind erklärt hat, fürchtete ich Ablehnung und Antipathie mir gegenüber.

Doch das Gegenteil war und ist der Fall. Das liegt zum einen an den unpolitischen Menschen, mit

denen ich gesprochen habe. Man sollte nicht glauben, dass jeder Russe ein politischer Mensch ist, diese Annahme könnte man wohl als eine Art Rassismus bezeichnen, der Stereotypie bedient. Selbstverständlich gibt es auch in Russland viele Menschen, die sich aus Politik nichts machen. Sie haben häufig von Deutschland ein ziemlich veraltetes Bild vor Augen, gehen von einem Maximum an Wohlstand aus, ganz viel Demokratie und – immer wieder – wunderbaren Straßen.

Aber es sind zum anderen auch die politischen Menschen in Russland, die im Brustton der Überzeugung sagen, dass sie die Deutschen mögen. Sie wissen um Deutschlands Rolle beim Ukraine-Krieg, ihnen ist klar, dass es in Deutschland eine unsägliche Entwicklung gibt. Doch sie differenzieren zwischen Politikern und Bürgern. Ein pauschales "die Deutschen" wird man in Russland nur selten hören, es gibt eher aufrichtiges Mitleid mit den Menschen in Deutschland, die so sehr mit feindseligen und unfähigen Politikern geschlagen sind.

Bei den politisierten Russen kommt ein weiterer Punkt hinzu. Sie sehen zwar die katastrophale Politik, die in Deutschland gemacht wird. Aber die letzte Verantwortung suchen sie nicht bei der Bundesregierung. Der mit uns befreundete Russe sagte, als wir beim Thema Nord Stream angekommen waren:

"Tja, was die Amerikaner wollen."

Deutschen Politikern trauen viele Russen nicht mehr viel zu, sie sehen die komplette Abhängigkeit von den USA. Demzufolge ist in Russland die Vorstellung, dass Deutschland eine diplomatische Rolle beim Ende des Ukraine-Kriegs spielen könnte, vollkommen absurd. Als diplomatisches Schwergewicht wird Deutschland in Russland schon lange nicht mehr gesehen, nicht mal als Leichtgewicht. Die Verhandlungen werden andere führen, das ist in Russland nahezu flächendeckend klar.

Wen der Russe mag ... und wen nicht

Der Krieg in der Ukraine ist problematisch. Er dauert schon zu lange und wird in den Augen vieler Russen zunehmend falsch geführt. Immer wieder liest und hört man, es sei Zeit, die Samthandschuhe auszuziehen und endlich Kiew anzugreifen. Doch hier gehen die Meinungen durchaus auseinander. Nach wie vor werden die Menschen in der Ukraine als Brudervolk gesehen, und zwar nicht nur die im Osten der Ukraine. Ähnlich wie in Deutschland wurde und wird auch in der Ukraine der Hass auf Russen massiv geschürt, oft mit Erfolg.

Man muss das verstehen: Derartige Kampagnen gegen Deutsche oder Ukrainer gibt es in Russland nicht. Es findet auch keine psychologische Mobilisierung der Köpfe statt, um etwaige Angriffspläne zum Beispiel auf Deutschland im Vorfeld zu rechtfertigen. Das russische Vorgehen wird aber kritisch gesehen, denn letztlich wurden schon 2014 die ersten Stimmen in Russland laut, die ein Ende des kritischen Zustands im Donbass forderten. Hätte man damals, als die ukrainische Armee noch nicht durch den Westen so hochgerüstet war, das Drama beendet, wären heute alle in einer besseren Situation.

Bei unserer Terrassenunterhaltung kam aber auch die andere Seite ins Gespräch. Und die besagt, dass die Opfer unter der Zivilbevölkerung in der Ukraine so gering wie möglich gehalten werden müssen. Denn je mehr Opfer Russland zu verantworten hat, desto problematischer ist das Bild der Russen, das sich bei den Ukrainern abzeichnet, und zwar auf lange Sicht. Außerdem gibt es freundschaftliche und familiäre Beziehungen zwischen Russen und Ukrainern.

Der Russenhass in Deutschland und in der Ukraine tut den Russen weh. Und sie verstehen ihn nicht, wohl auch, weil die Russen dazu neigen, Menschen anderer Nationalitäten erst einmal positiv

gesonnen zu sein. Das mag an der Tatsache liegen, dass Russland ein Vielvölkerstaat ist, aber auch mit seiner Mentalität zusammenhängen.

Als ich in die Runde sagte, dass ich mich viel weniger mögen würde, wäre ich ein Russe und würde mir als Deutschen begegnen, lachten alle und einer sagte:

"Die Einzigen, die die Russen nicht mögen, sind Russen."

Damit wandten wir uns anderen Themen zu.

Tom J. Wellbrockist Journalist, Sprecher, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebelln.

* * *

Nicht mal nach Kursk: Warum die russische Armee Kiews Machtzentrum nicht angreift

<https://freedert.online/meinung/217254-auch-nach-kursk-ueberfall-warum-armee-kiews-machtzentrum-nicht-angreift/>

29.08.2024

Das russische Militär könnte das Machtzentrum in Kiew angreifen und zerstören. Doch das geschieht auch nach dem ukrainischen Überfall auf die Region Kursk nicht, was nach Meinung vieler in Russland das Gefühl der Straflosigkeit bei Selenskij stärkt. Dafür gibt es nach Meinung des Politologen Geworg Mirsojan gewichtige Gründe.

Von Geworg Mirsojan

"Du hast ihm gegeben, was er wollte, und ich habe ihm gegeben, was er brauchte." Dieser Satz aus dem Film "Legion" charakterisiert treffend das Verhältnis zwischen der russischen Bevölkerung und Präsident Wladimir Putin in der Frage eines "großangelegten Vergeltungsschlags gegen die Ukraine".

Es ist kein Geheimnis, dass jeder Zweite in den sozialen Netzwerken einen solchen Schlag fordert. Und wenn das Gerede vom Einsatz taktischer Nuklearwaffen als übertrieben und unnötig abgetan werden kann (da wir unsere derzeitigen und zukünftigen Territorien nicht infizieren werden), dann ist etwa die Möglichkeit von Raketen- und Bombenangriffen auf Kiew durchaus diskutabel.

Dabei geht es natürlich nicht um Angriffe auf Wohngebiete, sondern um die Zerstörung von Entscheidungszentren, sowohl militärische (Generalstab, Verteidigungsministerium, Hauptnachrichtendienst, SBU) als auch zivile (Präsidialamt in der Bankowaja Straße, Werchowaja Rada, Ministerkabinett). Und dafür gibt es viele Argumente:

Das erste Argument ist die Gerechtigkeit. Für das Kiewer Regime gibt es keine Regeln des Krieges. Es organisiert die Ermordung von russischen Journalisten. Es greift Kernkraftwerke an (was selbst viele terroristische Organisationen nicht wagten). Es foltert russische Gefangene. Es beschießt systematisch und gezielt zivile Objekte sowohl auf dem "alten" als auch auf dem "neuen" russischen Territorium. Schließlich verhält es sich provokativ und abfällig gegenüber Präsident Putin.

Argument zwei ist die Einschüchterung. Ja, es ist wahrscheinlich, dass keiner der wichtigen Leute zum Zeitpunkt des Angriffs in diesen Gebäuden sein wird – die Entscheidungsträger in der Ukraine

(oder diejenigen, die direkt aus London Anweisungen erhalten) sitzen schon lange in Bunkern. Die Gebäude selbst sind jedoch Symbole des ukrainischen Staates. Ihre Zerstörung wird Russlands Entschlossenheit demonstrieren, nicht nur den Krieg bis zu einem siegreichen Ende zu führen, sondern auch den Wunsch, die wichtigsten ukrainischen Terroristen zu erreichen. Und dann werden andere potenzielle Terroristen vielleicht davon absehen, die Regeln der Kriegsführung zu verletzen. Und die Bevölkerung der Ukraine wird erkennen, welche Konfliktpartei Stärke und Entschlossenheit – und damit den Sieg – auf ihrer Seite hat.

Das dritte Argument ist die Veranlassung – nicht von den Führern des Kiewer Regimes, denn es ist klar, dass Selenskij, Budanow und andere nicht mehr verhandlungsfähig sind. Sie wissen sehr wohl, dass sie am Ende des ukrainischen Experiments alle ein Haus in London, eine anständige Summe Geld auf ihren Konten und eine Garantie für den Schutz vor Moskau haben werden (falls dieses plötzlich beschließen sollte, das "Schwert des Gedeon" aus seiner Scheide zu ziehen).

Ein erheblicher Teil der regionalen Eliten verfügt jedoch nicht über eine solche Garantie – insbesondere der Teil, der den Osten der Ukraine regiert – und vor allem der Teil, der sich auf dem vom Kiewer Regime besetzten russischen Gebiet befindet. Derzeit demonstrieren sie unter der Kontrolle des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) Loyalität gegenüber Kiew, auch weil sie keine Bedrohung aus Moskau sehen.

Sie glauben, dass sie evakuiert werden können, wenn sich russische Truppen nähern. Wenn Russland jedoch zeigt, dass es einen Kurs der physischen Zerstörung von Entscheidungsträgern auch auf regionaler Ebene eingeschlagen hat (d. h. es wird, einfach ausgedrückt, damit begonnen, regionale und städtische Verwaltungen zu treffen, wie es zu Beginn der Militäroperation in Nikolajew geschah), dann werden vielleicht auch diese Eliten erkennen, auf wessen Seite Stärke und Entschlossenheit liegen. Dann werden sie auf den Modus der örtlichen Vorsteher zu Zeiten des Bürgerkriegs, als sich die Macht am Tag mehrfach wechseln konnte, umschalten und Kontakte zu Moskau suchen. Das klingt natürlich ein wenig lasziv – aber solche Kontakte werden der russischen Armee helfen, Gebiete schneller zu befreien und damit viele Leben russischer Soldaten und der Zivilbevölkerung der Russischen Föderation zu retten.

Doch trotz dieser drei offensichtlichen Argumente schlägt Moskau immer noch nicht zu. Ja, die Ukraine wird regelmäßig von Geran, Kinschal, Iskander und anderen Produkten des russischen militärisch-industriellen Komplexes besucht, aber sie treffen militärische Einrichtungen, Energieinfrastruktur, Gaskompressorstationen, Lagerhäuser und so weiter. Keiner von ihnen traf jemals ein Regierungsgebäude.

Nach Ansicht einer Reihe von Experten hat dies den Kiewer Regimechef nur noch dreister und unverfrorener gemacht. Im Gefühl der eigenen Straffreiheit und Unverwundbarkeit organisierte er zusammen mit anderen Führern des Regimes einen regelrechten Nomadenüberfall auf die Region Kursk, wo auf seinen Befehl hin Zivilisten entführt wurden, um den "Austauschfonds" wieder aufzufüllen.

Und auch danach steht die Bankowaja Straße unversehrt und intakt da. Sie steht und wird auch weiterhin stehen. Ganz einfach, weil die Gegner der Schläge ihre eigenen, nicht weniger schwerwiegenden Argumente haben. Ihnen geht es nicht um Rache oder Gerechtigkeit, nicht um Wecken irgendwelcher Anreize oder Angst, sondern um Kosten und Strategie.

Ja, es ist möglich, symbolisch wichtige Gebäude zu zerstören – die Kinschals sind dazu durchaus in der Lage. Allerdings wird es eine große Zahl von Kollateralschäden geben. Von Reinigungskräften und Sekretärinnen bis zu Zivilisten (diese Gebäude sind von Wohngebäuden umgeben). Selenskij kann daraus mit bekannten Massakervorwürfen nach Art eines "Butscha" wieder politisches Kapital

schlagen und Moskaus internationale Position ernsthaft erschweren. Ja, Russland kann die Reaktion der westlichen Länder ignorieren, aber das Image Moskaus im Globalen Süden wird leiden.

Darüber hinaus werden diese Schläge Moskau zwingen, seine derzeitige Strategie zur Durchsetzung der militärischen Sonderoperation zu ändern – die Strategie des Zermübungskrieges, die garantiert zum Sieg über das Regime in Kiew führen wird. Moskau vermied öffentlichkeitswirksame Aktionen und zerstörte systematisch die ukrainische Armee und Infrastruktur, während es immer wieder angeboten hat, sich an den Verhandlungstisch zu setzen (und sozusagen die Schuld für die Fortsetzung des Krieges auf Selenskij und seine ausländischen Herren abzuschieben).

Das ist notwendig und wichtig, denn nach der Militäroperation muss Moskau die Bevölkerung der befreiten Gebiete integrieren – und die muss wissen, dass nicht die russische Armee für all die Verluste und Zerstörungen verantwortlich ist, sondern das Kiewer Regime, das die Angelegenheit nicht friedlich regeln wollte.

Wladimir Putin scheint also zu versuchen, der russischen Bevölkerung nicht das zu geben, was sie will, sondern das, was sie braucht. Nicht Rache, Gerechtigkeit, Einschüchterung – sondern den Sieg im Krieg.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist zuerst am 29. August 2024 auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im August und September 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.